

# Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.  
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich  
ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.  
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart  
16. Oktober 1912

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit  
sind zu richten an Frau Klara Zeffin (Zunel), Wilhelmshöhe,  
Post Begetloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich  
in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

## Inhaltsverzeichnis.

Um den Balkan. — Die Hausfrauen und Mütter im Kampfe gegen  
Fenerung und Hungersnot. Von Luise Zieg. — Die Reform in der  
Kirchengemeindeordnung in Bayern. Von st. — Sargschiffe. Von  
Joseph Klische. — Der freie Sonnabendnachmittag. Von Marta  
Hoppe. (Fortf.) — William Mailly, ein sozialistischer Vorkämpfer.  
Von Meta L. Stern.  
Aus der Bewegung: Resolutionen des Sozialdemokratischen Parteitag-  
tags zu Chemnitz. — Eine Besprechung der weiblichen Delegierten  
des Parteitags. — Von der Agitation. — Aus den Organisationen.  
Jahresbericht der Genossinnen des Wahlkreises Teltow-Weestow-  
Storkow-Charlottenburg. — Politische Rundschau. Von H. B. —  
Gewerkschaftliche Rundschau. — Aus der Textilarbeiterbewegung.  
Von sk. — Der Deutsche Holzarbeiterverband. Von sk. — Ge-  
nossenschaftliche Rundschau. Von H. F.  
Notigen: Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels  
und Verkehrswesens. — Fürsorge für Mutter und Kind. — Frauen-  
stimmrecht. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Die  
Frau in öffentlichen Ämtern. — Verschiedenes.

## Um den Balkan.

Die Kriegsgefahr wird wie die Hungersnot immer mehr zu einer ständigen Erscheinung der fortgeschrittenen kapitalistischen Entwicklung unserer Tage. Noch ehe daß der Friedensschluß zwischen der Türkei und Italien dem mörderischen Würgen an der nordafrikanischen Küste auch nur der Form nach Halt geboten hatte, sind die Völker Europas durch neuen kriegerischen Lärm geängstigt worden. Auf der Balkanhalbinsel, wo es schon längst, ja dauernd „krifelt“, seitdem der Auflösungsprozeß des einst so mächtigen Osmanenreichs eingeleitet hat, ist die Gefahr einer blutigen Auseinandersetzung in greifbare Nähe gerückt. Und zwar einer Auseinandersetzung, die der Natur der Dinge nach die fürchterlichere Drohung eines Weltkriegs in sich trägt. Europa gleicht einer Arena, in der fast alle Staaten wie wütende, knurrende, zähnefleischende Bestien toben, aufgeregte sich die Flanken peitschen und den Sand aufwühlen. Im Vordergrund stehen die kleinen Balkanstaaten Bulgarien, Serbien, Griechenland und Montenegro auf der einen Seite, die Türkei auf der anderen, mit blutunterlaufenen Augen die beste Minute erspähend, um sich aufeinander zu stürzen. Hinter ihnen liegen Rußland und Österreich mit schielenden, tüdchischen Blicken, zum Sprunge geduckt, um bei günstiger Gelegenheit aus dem Knäuel der sich zerfleischenden Todfeinde eine lang umgierte Beute an sich zu reißen oder wenigstens dem Nebenbuhler abzujauchen. In weiterem Abstand brüllen abwartend und gerüstet die übrigen europäischen Großmächte, nicht minder erregt und von Gelüsten geschüttelt als die anderen Bestien, wenn auch vielleicht nach einer Beute an anderer Stelle und zu anderer Stunde. Ein herrliches Bild der „Zivilisation“, die den rückständigen Balkanvölkern durch die Staaten alter Kultur gebracht werden soll, der Interessengemeinschaft, die angeblich die christlichen europäischen Großmächte gegen die islamitischen Eindringlinge früherer Jahrhunderte in der Türkei zusammenhält.

Bürgerliche Blätter rufen es als Echo Klassenstaatlicher Po-  
litiker und Diplomaten nach, daß diese neueste Kriegsgefahr

ganz plötzlich, überraschend heraufgezogen sei. Wie sie lügen! Mit derselben Folgerichtigkeit — man ist versucht, zu sagen Naturnotwendigkeit —, mit der im vorigen Jahre der Marokkokonflikt den verbrecherischen „militärischen Spaziergang“ Italiens nach Tripolis in seinem Schoße trug, mußte dieser Raubzug die Begehrlichkeit der kleinen Balkanstaaten anstacheln, ihr Gebiet auf Kosten der Türkei auszudehnen. Denn er legte nicht nur Beschlag auf einen ansehnlichen Teil der militärischen Kräfte und der Geldmittel des Osmanischen Reiches und verminderte damit die Verteidigungsmacht gegen andere Feinde. Er brachte ein übriges, indem er auch das Unermöglichen der türkischen Regierung steigerte, das Erbe der Revolution von 1908 zu verwalten. Mögen Jungtürken oder Alttürken am Ruder sein: sie erweisen sich in zunehmendem Maße außerstande, durchgreifende Reformen zu verwirklichen, die ein gewisses Gleichgewicht zwischen den entfesselten, miteinander ringenden Kräften bewirkt hätten. Außerstande sind sie aber auch, durch Gewalt diese Kräfte zu bändigen, die fortwährend in inneren Wirren explodieren. Neben den alten sozialen Gegensätzen eines Bauernlandes mit feudaler Ordnung tun sich in der Türkei immer klaffender die modernen Klassenunterschiede auf, die der vorwärtsdrängende Kapitalismus schafft. Mit ihnen beiden verschlingen sich die vielen nationalen, die religiösen Gegensätze, die zum Teil erst mit dem stärkeren sozialen Zusammenprallen der einzelnen Bevölkerungsguppen ihre ganze Schärfe erhalten, zum Teil aber auch den Zusammenstoß auffangen und die feindlichen Kräfte in andere Bahnen lenken.

So wirkt sich ein Durcheinander der widerspruchsvollsten Interessen und Forderungen zusammen, das auf dem Boden einer Klassengesellschaft, durch eine Klassenregierung fast unlösbar scheint. Die inneren Schwierigkeiten der Lage werden vermehrt durch das plünderungstolle Treiben von Kapitalistencliquen aus aller Herren Länder, die mit ihren Anlagen, Spekulationen, Krediten das Land ausfaugen und die Zerrüttung der Staatsfinanzen auf die Spitze treiben; durch das politische Mänkepiel der europäischen Großmächte, die gleich Geiern auf den Augenblick warten, wo sie ein möglichst großes Stück der ersehnten Beute erschnappen können; durch die außereuropäischen Besitzungen der Türkei — Kleinasien, Babylonien, Mesopotamien und Arabien —, die kein festes wirtschaftliches Band mit dem Reiche am Bosphorus verknüpft, und in denen ebenfalls zum Teil von dem internationalen Kapitalismus neue Entwicklungen und neue Verwicklungen vorbereitet werden.

Bergegenwärtigen wir uns zu dem allem die mit kriegerischen Ruhmesträumen, Ländergier und „Frehinstinkten“ geschwängerte Atmosphäre, die sich in erstidenden Schwaden mit dem Imperialismus über die Völker lagert. Der Taumel, den sie erzeugt, springt auf Länder und Völkern über, die wie die Balkanstaaten zum Teil noch im mittelalterlichen Feudalismus stecken. Pflügt doch zumeist das erste „zivilisatorische“ Werk des sich hier eindringenden und einnistenden internationalen Kapitals darin zu bestehen, den Regierungen

für Rüstungen zu pumpen, Eisenbahnen, Brücken, Kanäle für strategische Zwecke zu bauen und modernste Produktionsmittel nicht der Lebensfürsorge, sondern des Massenmordes einzuführen.

Die Lösung von dem „größeren Vaterland“ mußte in Griechenland, Bulgarien, Serbien usw. heraufschend klingen. Konnte sie nicht im Namen von Volks- und Glaubensgenossen vorwärts treiben, die von den Stammesfremden, christen-hassenden Mohammedanern geknechtet wurden? Und hatte es die Diplomatie der Großmächte nicht als ihre vornehmste Aufgabe betrachtet, die nationalen Gegensätze auf dem Balkan zu vertiefen, je nach dem eigenen Vorteil die kleinen Staaten bald zum Schmause an der Türkei zu locken, bald in ihre Grenzen mit der Mahnung zurückzusehen, daß die lebendige Leiche des Statusquo — des bestehenden staatsrechtlichen Zustandes — heilig sei? Es ist das Geheimnis des Hanswurstes, wie eifrig zumal Rußland und Österreich seit langem bemüht sind, das Feuer der nationalen Feindschaften auf dem Balkan zu lichterlohen Flammen anzublafen, an denen sie ihre Suppe kochen wollen. Die Annexion von Bosnien und der Herzegowina durch Österreich, die Erhebung Bulgariens zu einem selbständigen Königreich von des russischen Zarismus Gnaden: das sind Vorgänge aus den letzten Jahren, die unstreitig den Appetit der kleinen Balkanstaaten nach Broden von der Türkei mächtig gereizt haben. Ein letzter Stachel für diesen Appetit mag die Rebellion der Albanesen gegen das jungtürkische Regiment mit seinen zentralistischen Bestrebungen gewesen sein, eine Rebellion, die Albanien ein gewisses Maß von Selbstverwaltung und Reformen brachte. Die nicht minder reformbedürftige Lage Mazedoniens ist das gegebene Objekt, an dem sich die vorhandenen Gegensätze bis zur drohenden Entzündung stoßen. Dieser Teil des türkischen Reiches gleicht einem Sammelbecken der verschiedensten Nationen. Mit  $1\frac{1}{2}$  Millionen bilden die Türken die Minderheit der Bevölkerung in Mazedonien, wo  $1\frac{1}{4}$  Millionen Albanesen, 1 Million Bulgaren, 1 Million Griechen,  $\frac{1}{2}$  Million Serben und  $\frac{1}{4}$  Million Walachen heimisch sind und größtenteils bunt durcheinander gewürfelt wohnen. Hier verquidete sich die Notwendigkeit einer gründlichen Reform der Agrarverhältnisse, des Steuerwesens, der Gewerbeentwicklung mit nationalen und religiösen Bedürfnissen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Hier verschlingen sich Aufgaben miteinander, von denen jede einzelne in reinlicher Scheidung auch von einem geordneten Staate nicht zu lösen wäre, die aber in ihrem Durcheinander und Miteinander die Türkei geradezu vor die Quadratur des Kreises stellen. Die von den säbelkrassenden Balkanstaaten geforderte Selbstverwaltung Mazedoniens könnte freilich ebensowenig mit diesen Aufgaben fertig werden. Diese Forderung ist nichts als das bei Kriegen übliche ideologische Feigenblatt der Interessen, um die es geht.

Die Vorgänge auf dem Balkan gehören zu den Erscheinungen, die im Gefolge der wirtschaftlichen und politischen Auflösung des alten Türkenreiches auftreten, dessen Grundlage die feudale Gutsherrschaft und Bauernwirtschaft war. Diese Grundlage wird zermürbt, seitdem die Geldwirtschaft mehr und mehr die Naturalwirtschaft verdrängt und der Kapitalismus sich durch alle Spalten und Ritzen des morschen sozialen Gebäudes einschleicht und festsetzt. Solange die Nachfahren der osmanischen Eroberer, die türkischen Grundherren und ihre politischen Organe, die Unterworfenen nur in Naturalabgaben und Frondiensten zinsen ließen, war auch deren Ausbeutung Grenzen gezogen. Naturalabgaben lassen sich nicht maßlos, unendlich anhäufen, sie bergen daher auch nicht den Anreiz zum barbarischsten Bauernschinden und Bauernlegen in sich. Jahrhundertlang hatten so die unterjochten Griechen, Bulgaren, Serben usw. unter dem Halbmond nicht schlechter wohnen, als die hörigen Bauern Westeuropas im frühen Mittelalter unter Krummstab und christlichem Schwert. Dazu kam noch, daß sie vom Kriegsdienst befreit waren, kein „Ungläubiger“ durfte die Waffen für Allah und seinen Propheten tragen. Ungefähr seit dem Ende des achtzehnten Jahr-

hunderts hat der Wandel der Dinge begonnen. Rußland drang gegen die Türkei vor, Ägypten suchte sich unabhängig zu machen, bald war der eine, bald der andere Teil des Reiches bedroht. Die Notwendigkeit, das Heer auszubauen und zu modernisieren, erzeugte ein riesig steigendes Bedürfnis der Regierung nach Geld und schuf Beziehungen zu den westeuropäischen Staaten. Von Süden und Nordwesten her zog die Geldwirtschaft auf dem Balkan ein. Seit die Abgaben der bäuerlichen Massen gegen klingendes Geld verkauft werden konnten, wuchsen sie ins Ungeheuerliche bis zur nackten Erpressung und Ausplünderung. Aber der Umschwung der Verhältnisse zwang auch die Bauern selbst, nicht allein für den Verbrauch der Familie zu produzieren, sondern für den Verkauf. Mit dem allem zusammen gewannen die nationalen Gegensätze zwischen den Türken und den unterworfenen Völkern an Bitterkeit und Kraft.

Die Zeit der Aufstände und Befreiungskämpfe von Griechen, Serben, Rumänen, Bulgaren usw. brach an, und sie ist noch nicht abgeschlossen. Denn die kleinen Nationalstaaten haben ihre Unabhängigkeit nur mit dem Segen und der Hilfe der europäischen Großmächte errungen. Ihre Grenzen sind weder nach großen wirtschaftlichen Interessen der einzelnen Gebiete, noch nach nationalen Gesichtspunkten gezogen worden. Sie sind so willkürlich festgesetzt, wie es die diplomatischen Vertreter der Großmächte für gut befanden, in Eiferfucht und Mißtrauen gegeneinander die politische Landkarte zurechtzustampfen. Die ökonomische Entwicklung aber brandet immer stürmischer gegen diese sie einengenden künstlichen Schranken. Vom profitlüsternen internationalen Kapital gespeist, begiint in den weltabgelegenen Gebirgstälern und in den weiten Ebenen eine kapitalistische Industrie emporzublühen. Aus Bauernschaft, städtischem Handwerk und Handel steigt eine junge Bourgeoisie mit robusten Begierden nach Gold und Macht empor. Es bildet sich eine städtische Intelligenz, die ein größeres Betätigungsfeld zum Wettlauf um die soziale Position bedarf. Die Hochschützöllnerei der großen europäischen Staaten wirkt lähmend auf die Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte in den kleinen Balkanstaaten zurück und läßt es stark und stärker empfinden, daß Serbien der freie Zugang zum Meere durch eigene Seehäfen fehlt, daß für alle diese Länder die Türkei keinen ausnahmesfähigen Markt stellt.

Der nationale Chauvinismus findet einen üppigen Nährboden und wird von den regierenden Dynastien gehätschelt, die in Kriegsgeschrei, Schlachten, Erweiterung der Staatsgrenzen das sicherste Mittel erblicken, sich auf ihren schaukelnden Thronchen zu halten. Hat doch der König von Gottes Gnaden in Serbien seine Krone aus dem Blute von Verschwörungen und Attentaten emporgehoben, und in Griechenland wie in Bulgarien ermangeln die Herrscher der Heiligung durch einen echten nationalen Stammbaum, sintemalen sie beide zu jenem Geschlecht arbeitswilliger, pardon regierungswilliger deutscher Fürsten gehören, das unser Vaterland gern und billig an das Ausland abgibt, wie früher Frankreich seine Tanzlehrer und Friseur, die Schweiz ihre Zudecker und Italien seine lyrischen Tenöre.

Die kriegsbezogenen Tendenzen, die aus diesem Stande der Dinge auf dem Balkan selbst hervorbekchen, mögen sich jedoch noch so lärmend gebärden, sie sind der Türkei und dem Weltfrieden letzten Endes weniger gefährlich als die Bedeutung, die der „Orientfrage“ für die europäischen Großmächte zukommt. Durch sie erst erhalten sie ihrerseits durchschlagende Kraft und weltpolitische Traggweite. Das Interesse der Großmächte aber an der Lösung der Orientfrage wächst, je reifer sich der Kapitalismus in ihnen anstobt, je unaushaltbarer er von seinen alten Wirkungsstätten aus die ganze Welt in den hastenden Strom seiner Entwicklung reißt und die wirtschaftlichen und politischen Bedürfnisse der einzelnen Staaten hier gegeneinander stellt, dort miteinander verknüpft.

Seiß begehrend wie je hat der russische Zarismus seine Blicke auf die Dardanellen gerichtet, und heimlich wie offen arbeitet seine Politik daran, durch einen festen Niegel slawischer Balkanstaaten Österreich den Weg nach Osten und Süd-

osten zum Meere zu verlegen, den es mit steigender Dringlichkeit auf Kosten der Türkei suchen muß. Der imperialistische Raub läßt Italiens Hand vor Gier nach der albanesischen Küste zittern, deren Besitz das Adriatische Meer zu einer italienischen See machen würde. England hat dank seinem alten Gegensatz zu Rußland und seinem neuen zu Deutschland ein brennendes Interesse an der Regelung der Balkanfrage. Milliarden französisches Kapital, das auf der Halbinsel und in Kleinasien angelegt ist, begründen ein solches für Frankreich. Von der Bagdadbahn mit ihrer gewaltigen wirtschaftlichen und politischen Bedeutung für den Gang der Verhältnisse in Kleinasien und dem Zwischenstromland bis zur persischen Grenze hin und darüber hinaus, von zahlreichen anderen Unternehmungen im türkischen Reich sind starke verbindende Fäden zwischen diesem und Deutschland gesponnen. Zu all diesem die Gegenseite und Solidaritäten, die durch die beiden großen Kriegsbündnisse des Dreibundes — Deutschland, Österreich, Italien — und der Tripleentente — England, Frankreich, Rußland — geschaffen werden. So ist die Balkanfrage heutzutage zu der europäischen Frage schlechthin geworden, und jede Auseinandersetzung um sie trägt die Drohung eines Weltkriegs in den Flanken.

Wir erleben daher jetzt unter bedrohlicheren Umständen als vor reichlich einem Jahre eine Erneuerung des furchtbaren, herzbeklemmenden und doch grotesken Schauspiels, das durch die Marokkoaffäre auf die Bühne der Geschichte gezerrt ward. Kriegsgewölke verfinstern den politischen Himmel. In buntem Wechselspiel jagen einander die Depeschen, die jetzt die Steigerung der Kriegsgefahr, nun ihre Milderung melden. Über die Börse — das empfindlichste Organ der kapitalistischen Gesellschaft — streicht in Paris, Berlin, London, Wien usw. der eilige Wind der Panik, die Kurse tollen mit jeder widerspruchsvollen Nachricht auf und ab. Der Weizen der Spekulanten blüht, die Militärlieferanten lachen sich in der Hoffnung auf neue große Profite ins Fäustchen. Die Diplomaten der Großmächte in Konstantinopel und allen möglichen und unmöglichen Residenzen blähen sich wichtigtuend wie leere Schläuche, die mit Luft gefüllt worden sind. Sie depeeschieren, chiffrieren, konstatieren, dementieren für ihre Regierungen. Sie verdunkeln den klarsten und verwirren den einfachsten Sachverhalt, um den Anschein zu erwecken, daß ihre zünftige Aktenweisheit ein Rezept zur Sicherung des Friedens erkügelte werde, und daß ihre schwachen, gierigen Hände die Weltgeschichte zu zwingen vermögen, sich danach zu richten. Derweilen warten in den wichtigsten Kulturländern Europas die werktätigen Massen mit banger Sorge, ob die bluttriefenden Hände der Kriegsfurie sie mit allen Schrednissen überschütten und schließlich zur Schlachtbank schleppen werden. Und das in Zeitaltern, wo der grimmige Hunger ihre Rücken erbarmungslos geißelt!

Vielleicht daß das sagenhafte „einige“ Vorgehen der Großmächte trotz aller Interessengegensätze tatsächlich zustande kommt und noch einmal den Frieden sichert. Allein vermag dieser lichteste Ausblick des Momentes über die Erkenntnis zu täuschen, daß zwar der Krieg jetzt nicht unvermeidlich ausbrechen muß, daß er aber unzweifelhaft jeden Augenblick ausbrechen kann? Denn das gärende, wogende Chaos der Dinge und Möglichkeiten, das wir als Balkanfrage zusammenfassen, wird nicht von den Menschen beherrscht, umgekehrt: seine Stürme wirbeln nach ihren eigenen Gesetzen die Menschen mit fort. Trotz des Grauens der besitzenden Klassen vor Kriegen, die die bürgerliche Welt in ihren Fugen erbeben machen und zu zertrümmern drohen, wird daher das gewisste Endergebnis der gegenwärtigen Krise nicht ein Abrücken als Unterpfand wachsender Friedenssicherheit sein, sondern ein Aufrüsten zu tödlicher Kriegsbereitschaft. War es nicht gestern erst, daß bei uns in Deutschland die bürgerlichen Parteien neue Hunderte von Millionen für den Ausbau des Heeres und der Flotte bewilligt haben? Heute aber schon ertönt der Ruf, daß angesichts der Balkanwirren das Deutsche

Reich nicht gerüstet genug sei, um mit der gepanzerten Faust auf Kanonenrohren eine erste Violine im Konzert der Großmächte zu spielen.

Unser bulgarischer Genosse Sakasow hat als einziger Sozialdemokrat in der Sobranje ein rühmliches Beispiel treuester Pflichterfüllung und stolzen Männermuts gegeben. Er allein erhob hier inmitten der chauvinistisch heulenden Meute, begeistert und tödlich von ihr mißhandelt, seine Stimme zum Protest gegen den Krieg. Vor die Front die Klassenbewußten Massen des internationalen Proletariats! Die dräuende Sturmflut muß sich brechen an der Bekundung ihres unerschütterlichen Friedenswillens, ihrer Bereitschaft zur Tat. Damit nimmt sich das Proletariat inmitten der Enge und Gebundenheit der bürgerlichen Ordnung ein Stück menschlicher Freiheit der sozialistischen Zukunftsgesellschaft vorweg: sich nicht länger von der Geschichte mißhandeln zu lassen, sondern bewußt Geschichte zu machen.

## Die Hausfrauen und Mütter im Kampfe gegen Teuerung und Hungersnot.

Ein gewaltiger Schrei der Not, eine erbitterte Anklage der Darbenden war es, die am 24. September von den Proletarierinnen Berlins in 27 überfüllten Frauenversammlungen erhoben wurde gegen die staatlich sanktionierte Volksauswucherung durch Krautjunker und Schlotbarone. Gebt uns Brot! Denn wir entbehren und hungern, hieß es, unsere Männer sterben dahin, weil sie unterernährt sind, unsere Kinder sterben, weil sie im Mutterleib schon hungern mußten und weil dank unserer Entbehrungen ihr natürlicher Nahrungsquell, die Mutterbrust, versiegte oder weil wir, durch die Not zur Brotfront getrieben, ihnen die natürliche Nahrung und die nötige Pflege nicht geben konnten. Unsere Kinder verwahrlosen, weil wir nicht Zeit und Kraft haben, sie zu erziehen und zu betreuen!

Wir verkommen im Elend, während der Reichtum der Besitzenden dank unserem Fleiß und unseren Entbehrungen sich zu märchenhafter Fülle steigert. Und dieser riesenhafte Reichtum, den wir erzeugten, er wird zur Quelle weiterer Leiden für uns, die uns als Begleit- und Folgeerscheinungen des Imperialismus treffen. Des Imperialismus, jener Erscheinungsform des Kapitalismus, in der er zur höchsten Blüte geblüht, in der er nach immer größerer Ausdehnung, nach Anlage- und Verwertungsmöglichkeit drängt, dafür aber uns die Kosten dieser Weltpolitik aufbürdet und durch Ausnahmegeetze und rücksichtslose Anwendung all der staatlichen Machtmittel zu unserer Unterdrückung unseren Protest mundtot zu machen sich bemüht.

So klagten sie an, die politisch Rechtlosen! Aber sie klagten nicht nur an, sie forderten auch! Sie forderten von Staat und Gemeinde unverzüglich jene Maßnahmen, die geeignet sind, wenigstens die schlimmste Not zu lindern: Öffnung der Grenzen, Suspendierung der Zölle auf Brot, Fleisch, Vieh und Futtermittel, Aufhebung des Systems der Einfuhrscheine, und von der Kommune die Versorgung der Einwohner mit den wichtigsten Nahrungsmitteln, besonders mit Fleisch zu einem billigen Preis. Und dieser Forderung ward der größte Nachdruck gegeben durch den Aufruf und das Versprechen: Unablässig an der Stärkung der sozialdemokratischen Partei zu arbeiten, durch Werbung von Mitgliedern, durch Verbreitung ihrer Presse.

Als Ausdruck des Willens der Versammelten fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

Die versammelten Hausfrauen und Mütter erklären: Die gegenwärtige Teuerung aller Gebrauchsgüter, besonders die der notwendigen Lebensmittel, ist für die minderbemittelten Volksschichten unerträglich geworden.

Die Volksgesundheit ist auf das schwerste gefährdet. Die Hausfrauen können mit ihrem Wirtschaftsgeld nicht mehr auskommen. Not und Sorge weicht nicht mehr von der Schwelle der Arbeiter-

familien. Die Kinder müssen hungern, Männer und Frauen er-  
leiden durch Unterernährung schwerste Schädigungen. Die Säug-  
lingssterblichkeit nimmt zu. Die Versammelten verlangen deshalb  
im Interesse der allgemeinen Volkswohlfahrt, im Namen ihrer  
Familien, vor allem im Namen ihrer hungernden Kinder, daß die  
Regierung und die Gemeinden unverzüglich Maßnahmen treffen,  
die notwendig sind zur Linderung der schlimmsten Notlage. Die  
Versammelten fordern insbesondere:

1. Von der Regierung: Die Öffnung der Grenzen für die han-  
ternde Einfuhr von Vieh und Fleisch, insbesondere auch von Ge-  
frierfleisch. Aufhebung der Zölle auf Vieh, Fleisch, Getreide und  
Zuttermittel. Aufhebung des Systems der Einfuhrzölle.

2. Von der Gemeindeverwaltung: Versorgung der Bevölkerung  
mit Nahrungsmitteln, besonders mit Fleisch, möglichst zum Selbst-  
kostenpreis.

Die Versammelten versprechen, daß sie mit verstärkter Kraft  
am Ausbau der politischen Organisation arbeiten wollen, da sie  
in der zunehmenden Macht und Stärke der Sozialdemokratie das  
einzige Mittel sehen, der volksausplündernden Zoll- und Steuer-  
politik ein Ende zu machen, der Not und Ausbeutung des arbeiten-  
den Volkes entgegenzuwirken und sie schließlich durch die Verwirk-  
lichung des Sozialismus zu beseitigen.

Hunderte der Versammlungsteilnehmer traten der Partei  
bei. Weitere Anmeldungen folgten in den nächsten Tagen.

Aus einer ganzen Anzahl anderer Orte sind Meldungen  
eingegangen über ähnliche Proteste der Hausfrauen und  
Mütter, die ebenfalls gleichzeitig der Aufrüttelung und Or-  
ganisierung bisher Indifferenter dienten.

Und die Genossinnen aller Orte richten wir  
die dringende Bitte, ähnlich wie in Berlin  
zu verfahren.

Die herrschende Teuerung trifft die Hausfrauen und Mütter  
am schwersten. Ihre Pflicht ist es, in den ersten Reihen zu  
stehen, wenn es gilt, mit verstärkter Wucht den Kampf gegen  
die Auswucherung fortzusetzen.

Ihre Pflicht ist es aber auch, mit zäher Energie an der  
Verstärkung unseres Kampfheeres zu arbeiten, damit die  
Wucht unseres Ringens zu vergrößern, die uns heute erleich-  
terung, in der Zukunft Befreiung bringen wird.

**Auf denn, Genossinnen, nutzt die Stunde!**

**Nieder mit Not und Ausbeutung! Für Freiheit und Brot!**  
Das sei unsere Parole. Luise Zieg.

## Die Reform der Kirchengemeindeordnung in Bayern.

Mitte September ist in der bayerischen Abgeordneten-  
kammer die Beratung des Entwurfes einer Kirchengemeinde-  
ordnung zum Abschluß gelangt, bei der auch für das  
Frauenwahlrecht gekämpft worden ist. Die Geschichte  
des Entwurfes ist ziemlich lang. Schon 1870/71 hatte ein ge-  
meinsamer Beschluß des Landtags von der Regierung ge-  
fordert, im Anschluß an die 1869 erlassenen beiden Gemeinde-  
ordnungen für die politischen Gemeinden baldmöglichst einen  
Gesetzesentwurf über die Materie vorzulegen. 37 Vorbera-  
tungsjahre waren nötig, bis 1907 diese Vorlage an den Land-  
tag gelangte. Diese Zeit und die bald fünfjährige Behandlung  
im Landtag lassen schon erkennen, wie schwierig der Rechts-  
stoff zu behandeln war. Schwierigkeiten entstehen nämlich  
stets, wenn es um das Verhältnis zwischen Staat und Kirche  
geht; und das war in dem Gesetzesentwurf der Fall, der die  
Rechtsverhältnisse der katholischen und protestantischen  
Kirchengemeinden ordnen sollte. Bei der Regelung des ver-  
fassungsmäßig festgelegten Verhältnisses zwischen Staat und  
Kirche mußte es zu heftigen Auseinandersetzungen kommen,  
wenn gleich die Regelung innerkirchlicher Verhältnisse so gut  
wie ausgeschlossen war. Der Hauptzweck des Gesetzes ist,  
die entsprechenden Mittel zu beschaffen für die örtlichen Be-  
dürfnisse der Kirche. Das Gesetz ist also eigentlich ein Kirchen-  
umlagegesetz.

Die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion zu dem  
Gesetzesentwurf war von vornherein klar vorgezeichnet. Wir

Sozialdemokraten betonten ausdrücklich die Forderung der  
Trennung von Staat und Kirche. Dem Staat soll keinerlei  
Einfluß auf das religiöse, innerkirchliche Gebiet zustehen,  
andererseits wurden alle Aufwendungen aus öffentlichen  
Mitteln für kirchliche Zwecke von unserer Seite abgelehnt.  
Diese ablehnende Haltung konnte uns aber nicht von der  
Pflicht befreien, zu den einzelnen wesentlichen Bestimmungen  
des Entwurfes Stellung zu nehmen. Dazu waren wir um so  
mehr genötigt, als die Kirchengemeindeordnung zu einer er-  
heblichen Verstärkung des geistlichen Einflusses auf den Staat  
führen mußte, ferner zu einer Schwächung der Rechte der  
Kirchengemeinde und zu einer beträchtlichen Mehrbelastung  
ihrer Mitglieder. Wir mußten uns kritisch gegen den Ent-  
wurf wenden, damit seine Nachteile vor aller Welt klar gelegt  
würden.

Genosse Dr. Süßheim kennzeichnete das schwächliche  
und nachgiebige Verhalten der zentrumsfreundlichen Regie-  
rung als ein Produkt der innerpolitischen Verhältnisse  
Bayerns. Die schwarze Mehrheitspartei erstrebe und erziele  
entgegen den Bestimmungen der Verfassung und der histo-  
rischen Entwicklung eine Reihe von Rechten, die den Einfluß  
der Kirche und des Klerikalismus außerordentlich stärke. In  
der Tat ist es so, daß die ausschlaggebende Zentrums-  
partei die bisherige staatliche Oberaufsicht über das kirchliche Stif-  
tungsvermögen praktisch beseitigt hat. Sie hat durch ihr  
Votum der Kirchengemeinde die Verwaltung der  
Kirchenstiftungsvermögen aus der Hand ge-  
nommen und damit ihre bisherigen kümmerlichen Rechte der  
Selbstverwaltung in der Frage des Kirchenvermögens ver-  
nichtet. Diese Tatsachen haben für die Zukunft eine um so  
größere Bedeutung, als nach dem neuen Gesetz nicht nur die  
Bekennnisgenossen, sondern auch juristische Personen zur  
Kirchensteuerpflicht herangezogen werden. Also Körperschaf-  
ten und Vereinigungen, die den Charakter juristischer Per-  
sonen tragen, müssen, obwohl sie dem Bekenntnis einer  
Kirche fernstehen, Steuer zahlen, ohne einen Einfluß auf die  
Verwaltung des Kirchenvermögens ausüben zu können.

Neben diesen inkonsequenten Bestimmungen bringt das  
Gesetz eine wesentliche Verschlechterung des aktiven und  
passiven Wahlrechts zu den Kirchenverwal-  
tungswahlen. Bisher war im rechtsrheinischen Bayern  
das Stimmrecht dazu von der Vollendung des 21. Lebens-  
jahres abhängig; der Entwurf rückt diese Altersgrenze auf  
25 Jahre hinauf; ferner waren früher wählbar Bekenntnis-  
genossen, die das 25. Lebensjahr zurückgelegt hatten, nach dem  
neuen Gesetz tritt die Wählbarkeit erst mit 30 Jahren ein.  
Das aktive und passive Wahlrecht für Frauen brachte der  
Entwurf nicht, man ist versucht zu sagen: natürlich. Bei dem  
Vorstoß der Sozialdemokraten, die gleichen Rechte auch den  
Frauen zuzuerkennen, blieb das Zentrum fest auf seinem ab-  
lehrenden Standpunkt. Genosse Schneppenhorst be-  
gründete namens der sozialdemokratischen Fraktion die An-  
träge, die auf eine Verbesserung der Wahlbestimmungen hin-  
ausgingen und insbesondere ein Mitbestimmungsrecht der  
Frauen forderten. Aber alle Mühe war vergebens. Nachdem  
die Haltung des Zentrums zu diesen Fragen genügend ge-  
kennzeichnet war, kam der sozialdemokratische Redner noch  
einmal kurz auf das Recht der Frau in der Kirchengemeinde  
zu sprechen und führte wörtlich aus:

„Wir Sozialdemokraten sehen in der Kirche die Gemein-  
schaft derer, die eines Glaubens sind. Die Glaubens- und  
Sinnesgemeinschaft kennt aber keinen Geschlechtsunterschied  
für die Wertung ihrer einzelnen Mitglieder. Darüber scheint  
allerdings in der Zentrumspartei eine andere Auffassung zu  
herrschen. Der Gedanke, auch der Frau ein Mitbestimmungs-  
recht in der Gemeinde zuzusprechen, ist nicht neu. Ich darf  
dafür einige Beispiele anführen. In Hannover hat jedes kon-  
firmierte Kirchengemeindemitglied das Recht, bei Pfarrer-  
sowie bei Kirchenvorstandswahlen Einspruch zu erheben. In  
den älteren preussischen Provinzen können Einsprüche gegen  
die Wahl der Ältesten und der Gemeindevertretung von den

Wahlberechtigten erhoben werden, gegen die Pfarrertwahl dagegen von jedem Gemeindeglied, wenn gegen Lehre, Glauben oder Wandel des Gewählten und gegen die Befähigung der Wahl Einwürfe vorzubringen sind. Ebenso verhält es sich in Schleswig-Holstein. In Hamburg und Lübeck haben in der reformierten Gemeinde auch die weiblichen Gemeindeglieder das Recht zur Wahl, zur Entlassung des Predigers und zur Wahl des Kirchenrats. Der Entwurf einer Kirchenordnung der Augsburger Konfession des Oberkonsistoriums in Elsaß-Lothringen enthält ebenfalls die Anerkennung der Frauenrechte in der Kirche. Die Synode der reformierten Kirche in Elsaß-Lothringen hat das kirchliche Frauenstimmrecht im Prinzip beschlossen.

Trotzdem also das Frauenstimmrecht in der Kirchengemeinde keine Neuigkeit ist, versucht die Mehrheitspartei, das Wahlstimmrecht der Frau von der Kirche fernzuhalten. Eine berufene Vertreterin der konfessionellen Frauenvereine hat sich ebenfalls mit dieser Frage beschäftigt; sie erklärt in einem interessanten Aufsatz:

„Das wirkliche Heimatrecht in der Gemeinschaft, in der nach dem Apostelwort kein Unterschied gemacht werden soll zwischen arm und reich, zwischen Herr und Diener, zwischen Mann und Frau, hat das weibliche Glied der Gemeinde erst dann, wenn es auch an den Fragen der Verwaltung und Bestimmung über leibliche und geistige Güter mit teilhaben darf, wenn das uneingeschränkte Recht der Frau in der Kirche anerkannt ist. Es ist daher für die Frau unbedingt zu fordern das aktive und passive Wahlrecht für die Gemeindevertretung, den Kirchenrat, das Presbyterium oder den Kirchenvorstand.“

In ähnlichem Sinne hat sich auch Vater Geribert Holzappel ausgelassen. Er sprach in einem Artikel im Jahre 1910 sich dahin aus, daß es den Mitgliedern des katholischen Frauenbundes unbenommen sei, sich für die aktive und passive Stimmberechtigung zu entscheiden. Er glaubt, daß die Gleichberechtigung der Frauen doch einmal kommen müsse, und sagte dann weiter: „Vielleicht sind wir einmal froh, daß die Frauen das Stimmrecht haben.“ Ähnliche Äußerungen liegen auch von den einzelnen Katholikentagen vor. Auch hier haben sich Vertreter des Zentrums gegen die Einführung des Frauenstimmrechts in allen Körperschaften nicht ausgesprochen.

Ich erinnere Sie ferner daran, daß sich selbst Redner des Zentrums hier im Landtag für das politische Wahlrecht der Frauen ausgesprochen haben. Wenn Sie auf der anderen Seite drüben hier wie auf anderen Tagungen dafür eintreten, daß das Frauenstimmrecht zu billigen sei, dann kann ich nicht verstehen, wie Sie sich nunmehr dagegen wenden, daß wir Sozialdemokraten für die Kirchengemeindeverwaltung die Zulassung der Frauen verlangen.“

Das Zentrum aber blieb verstockt und eigensinnig, es lehnte selbst für die Kirchengemeinde das Mitbetätigungsrecht der Frauen ab, also auf einem Gebiet, wo es nur Vorteile durch die Mitbetätigung der Frauen geholt hätte. Es geht ihm eben um das Ganze. Weniger um das altersgraue, verstaubte Prinzip, daß die Frau in der Gemeinde schweigen solle. Aber es hütet sich vor der Praxis jedes Schrittes zur weiteren Demokratisierung des öffentlichen Lebens. In Bayern wie allüberall verfolgt das Zentrum brutal und rücksichtslos das Ziel, die breitesten Massen des Volkes in Rechtlosigkeit und Machtlosigkeit zu erhalten. Die Ablehnung des Frauenrechts ist nur ein Zweig des ganzen reaktionären Baumes. Die Behandlung der Frage vor der bayerischen Kammer der Abgeordneten zeigt den Frauen wieder einmal, wo sie die zuverlässigen Verteidiger ihrer Rechte zu suchen haben und wo deren Gegner. st.

## Sargschiffe.

In seiner Erzählung vom „Untergang der „Anna Hollmann“ hat Gustav Frenssen den Typus der Sargschiffe gezeichnet. Das sind Handelsschiffe, die infolge ihres hohen Alters und der dadurch bewirkten geringen Widerstands-

fähigkeit gegen Sturm und Wellen größeren Gefahren der See nicht mehr gewachsen sind, die jedoch von gewissenlosen Schiffseignern immer noch verwendet werden. Ja, ein habgieriger Reeder versteht es, gerade aus solchen Schiffen seine größten Gewinne zu ziehen. Entweder hat das Fahrzeug im jahrzehntelangen Dienst des Mannes die höchste Altersschwäche und Untauglichkeit erreicht, oder aber sein Besitzer hat es irgendwo für billiges Geld aufgekauft. In dem einen wie dem andern Falle ist es die feste Absicht des Reeders, aus dem Schiffe noch herauszuholen, was sich herausholen läßt, und sollte der Profit aus Leichen gepreßt werden. Er versichert Schiff und Ladung, und nach einer oberflächlichen Untersuchung durch die in Frage kommende Kontrollstelle wird der schwimmende Sarg den Wogen anvertraut. Ob sich für solch gefährliche Fahrt eine Besatzung findet? In Frenssens Roman lesen wir diese Erklärung, die alles besagt: „Mich brähten keine zehn Pferde auf einen Hollmann, aber ich habe zu Hause Frau und Kinder, die nach Brot schreien.“

Die große Öffentlichkeit beachtet die Seeeunfälle der Handelsschiffe verhältnismäßig wenig. Mit den Unfällen in der Bau- und Bergwerksindustrie ist es anders. Durch Telegramme schnell verbreitet, lösen wenigstens die Nachrichten von den großen Katastrophen doch das übliche „Bedauern“ der bürgerlichen Welt aus. Ein Handelsschiff indes kann monatelang verschollen sein, ohne daß man überhaupt etwas davon erfährt. Nur der mit dem Gelde rechnende Reeder im stillen Kontor ahnt Unheil, und bald wird bei den Angehörigen der Besatzung der Kummer wach, in banger Sorge fordern sie Auskunft über den Verbleib ihrer Ernährer. Findet ein kleiner Handelsdampfer mit einem Dutzend Mann Besatzung in den regelmäßigen Herbst- und Winterstürmen sein „Biskaya“, so verursacht das weiter keine Erregung. Allerdings wenn eine „Titanic“ mit Millionären in den Fluten versinkt, so ist vom Landesvater bis zum letzten Spießbürger herab alles tief erschüttert.

In den 22 Jahren von 1888 bis 1910 kamen auf deutschen Schiffen nicht weniger als 50 000 Verletzungen und 9500 Todesfälle vor. Und von deutschen Seeschiffen sind in den acht Jahren von 1901 bis 1909 insgesamt 679 gesunken. Auf diesen Schiffen waren 7237 Mann Besatzung, von denen 2013 ihr Grab in den Fluten fanden. Man beachte diese hohen Ziffern in dem genannten kurzen Zeitraum und bedenke, daß hierbei ertrunkene Passagiere nicht mitgezählt sind, und vergleiche dann in seinen eigenen Erinnerungen, wie wenig man eigentlich von diesen Katastrophen gehört hat. Annähernd 700 deutsche Schiffe sind in acht Jahren gesunken, man wird sich indessen nur eines, höchstens zweier Dutzend von Fällen erinnern, in denen eine Katastrophe zur See größeres Aufsehen erregt hat. Wieviel Todeskämpfe haben da stattgefunden, und wieviele Familien wurden ihrer Ernährer beraubt, ohne daß die bürgerliche Welt sich darüber aufregte. Vor der „Macht der Elemente gibt es keinen Schutz“, schreiben wohl jeweilig die bürgerlichen Blätter als die Verteidiger der kapitalistischen Profitwirtschaft.

In bezug auf die Schiffe ist dies nichts als ein verlogenes Gerede, das dazu bestimmt ist, das phlegmatische bürgerliche Gewissen zu besänftigen. Das geht selbst aus den Sprüchen unserer Seeämter und Oberseeämter hervor, die doch sicher niemand besonderer Zuneigung für die ausgebeuteten und geopferten Seeleute zeihen wird. Häufig müssen sie feststellen, daß „der schlechte Zustand des (gesunkenen) Schiffes für die Seefahrt nicht geeignet“ war. So lautete eine Stelle in dem Spruch des Danziger Seeamtes vom 9. April vorigen Jahres, das über die Strandung der beiden 40 Jahre alten Dampfer „Prinz Heinrich“ und „Abler“ zu urteilen hatte, und ähnliche Urteile könnten noch mehr angeführt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß, wenn ein Schiff verschollen ist, zunächst auch damit die Zeugen über dessen Zustand verschollen sind. Dem Gerichtshof liegt also meist nur ein einseitiges Zeugnis des Reeders oder des Untersuchungsbeam-

ten vor. In dem gewerkschaftlichen Organ der Seeleute kann man in jeder Nummer den Nachweis finden, daß die Kontrolle der ausfahrenden Schiffe ungenügend ist. So hatte die Kontrollstelle nichts an den Dampfern „Palermo“, „Savona“ und „Genua“ der Slomannlinie zu beanstanden gefunden, die vor anderthalb Jahren infolge ihres schlechten Zustandes gesunken sind. Bei der Todesfahrt des Rostocker Dampfers „Edith“ vor zwei Jahren mußte gerügt werden, daß bereits bei der Abfahrt Wasser in das Schiff eingedrungen war. Trotzdem war der Kapitän aus Rücksicht auf die Konkurrenz nicht umgekehrt und hatte dadurch die Mannschaft in den Tod geführt. Der Vertreter des Reichsoberseesamtes, Oberregierungsrat Wolfram, sprach damals die Hoffnung aus, „daß ein so trauriger Fall, der ein so schlechtes Licht auf die deutsche Seeschifffahrt zu werfen geeignet ist, möglichst selten bleiben möge“. Nun, der Herr Oberregierungsrat kennt so gut wie wir diese „Seltenheit“. Die Besatzung wird wegen Kontraktbruches bestraft, wenn sie davonläuft, weil sie das ihr drohende Unheil vor Augen hat und für sich und ihre Angehörigen das nackte Leben retten will.

Daß Frenssen nicht übertrieben hat, wenn er in seinem Buche das Sargschiff 40 Jahre alt sein läßt, ist jedem Kundigen klar. 52 Jahre zählte der vor vier Jahren gesunkene „Archimedes“ der Stettiner Dampferkompagnie, bei dessen Untergang dreizehn Personen ertranken. Eine verbrecherische Gefährdung des Lebens der Seeleute ist ferner die Überladung der Schiffe. Bis zur äußersten Möglichkeit werden die Dampfer vollgepackt. Vor einiger Zeit fand eine Versammlung der Kapitäne der Handelsmarine statt, bei der erklärt wurde, daß nach der heutigen Tiefstabelinie die Schiffe durchschnittlich um 10 bis 13 Prozent zu schwer geladen sind. Natürlich erhöht eine solche Überladung die Gefahr für die Seeleute ungemein, die sich in vielen Fällen nicht anheuern lassen würden, wenn nicht die Not sie dazu zwänge. Und auch dem Reedertum steht die industrielle Reservearmee zu Handen.

Wenn irgendwo, so ist im Seemannsberuf der rücksichtslose Kampf der geschlossenen Arbeiterorganisation gegen die Gabel des Reederkapitals heilige Menschenpflicht. Denn die Maßnahmen, die die Regierung des Klassenstaats für die Sicherheit der Seeleute ergreift, sind ebenso unzuverlässig wie die morschen Planken eines Sargschiffes. Was da zu erwarten ist, hat im Reichstag die Antwort des Staatssekretärs Dr. Delbrück auf eine sozialdemokratische Anfrage gezeigt. Die Sozialdemokratie hatte gefordert, daß der Vertreter der Seeleute zur internationalen Schifffahrtskonferenz hinzugezogen werde. Der Staatssekretär hatte für diese bescheidene Forderung nur ein geringschätziges Achselzucken. Regierungsvertreter und Reeder pflegen sich bei Katastrophen gewöhnlich mit der Ruhe von Philosophen auf den lateinischen Spruch am Bremer Seemannshaus zu berufen: „Navigare necesse est vivere non est necesse“, das heißt schiffahren ist notwendig, leben nicht. Es ist das die bequeme Moral des ausbeutenden Kapitals, dem Gold alles, Menschenleben nichts ist. Tausende darrender Witwen und Waisen, jammernder Mütter, Schwestern und Bräute fluchen dieser Moral. Auch sie ruft die Frauen zum Kampfe gegen die heutige Ordnung.

Josef Rliche.

## Der freie Sonnabendnachmittag.

Von Marta Hoppe.

(Fortsetzung.)

(Referat auf dem elften Verbandstag des Deutschen Textilarbeiterverbandes in Stuttgart.)

Selbst wenn die Freigabe des Sonnabendnachmittags auf mehr Schwierigkeiten stoßen würde, als in Wirklichkeit zu beseitigen sind, müßten wir auf der Forderung bestehen. Ihre Verwirklichung würde wenigstens in etwas dem schamlosen Raub an Gehalt tun, der namentlich mit der weiblichen und jugendlichen Arbeitskraft getrieben wird. Sind aber die Schwierigkeiten, die der Einführung des freien Sonnabendnach-

mittags entgegenstehen, wirklich große oder gar unüberwindliche? Die vom Vorstand des Textilarbeiterverbandes veranstaltete Umfrage gibt darüber zwar keinen genauen, aber doch einen ungefähren Aufschluß. Von den 316 Filialen haben 267 die Fragen beantwortet. Nicht alle Antworten waren brauchbar. Das Ergebnis umfaßt 6451 Betriebe mit 529 045 Personen. Nach der Betriebszählung von 1907 gibt es in der Textilindustrie 161 218 Betriebe mit 1 088 280 beschäftigten Personen, von denen 52 Prozent Arbeiterinnen sind. Die Umfrage hat nur einen kleinen Teil der Betriebe umfaßt und etwa die Hälfte der beschäftigten Personen. Die Arbeitszeiten verteilen sich für den Sonnabend folgendermaßen:

11 Betriebe mit	3371 Personen	schließen um	12 Uhr
2	2100	12 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	
212	29530	1	
24	1324	1 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	
57	21604	2	
51	19212	2 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	
86	18913	3	
275	44683	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	
1440	81584	4	
404	73465	4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	
424	53335	5	
2626	93220	5 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	
733	58507	6	
90	8112	6 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	
17	815	7	

Unter den um 4 und 5 Uhr schließenden Betrieben befindet sich eine Anzahl, wo der Feierabend um eine Viertelstunde früher eintritt. Von 2400 Arbeiterinnen wird berichtet, daß sie eine halbe bis zwei Stunden früher aufhören als die Männer. Wie können wir nach dem Ergebnis den Begriff des freien Sonnabendnachmittags feststellen? Wenn man jetzt bei Betriebschluß bis zu 2 Uhr von einem freien Sonnabendnachmittag redet, so besteht dieser schon für 303 Betriebe mit 58 000 Personen in 48 Orten. Nur in 408 Betrieben, in denen Arbeiterinnen beschäftigt sind, die ja nach den neuen Bestimmungen in der Gewerbeordnung an den Sonnabenden nicht länger als bis 5 Uhr schaffen dürfen, wird noch bis um 5 Uhr gearbeitet. In 2533 Betrieben mit 250 305 Personen erfolgt der Arbeitschluß früher als 5 Uhr. Es ist anzunehmen, daß die noch nach 5 Uhr arbeitenden Betriebe nur männliche Arbeitskräfte beschäftigen. Es sind das insgesamt 3466 Betriebe mit 160 654 Personen, darunter noch 17 Betriebe mit 815 Personen, die an Sonnabenden bis 7 Uhr arbeiten. Unter den berichtenden 6451 Orten sind nur 22 mit mehr als einem Betrieb, in dem für alle Unternehmen ein einheitlicher Arbeitschluß besteht. In 48 Orten haben die Arbeiterinnen anderthalb bis drei Stunden früher Feierabend, als allgemein am Orte üblich ist. Der Gedanke des freien Sonnabendnachmittags hat bei unserer Arbeiterschaft also schon Wurzel geschlagen. Daß diese Neuerung den Unternehmern keine Schwierigkeiten macht, wenn sie nur den guten Willen dazu haben, und wenn die Macht der Arbeiterschaft stark genug ist, um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, beweist neuerdings das Vorgehen der Kollegenschaft in Lesum. Hier wurde für die Arbeiterinnen der Tauwerkfabrik der freie Sonnabendnachmittag ohne jeden Widerstand gewährt. Daß durch die Forderung des freien Sonnabendnachmittags die nach Verkürzung der täglichen Arbeitszeit nicht in den Hintergrund gedrängt werden darf, sagte ich schon. Zwar sind in der Gewerkschaftspresse Stimmen laut geworden, die befürchten, der freie Sonnabendnachmittag schwäche die Forderung nach dem allgemeinen Achtstundentag ab. Ich behaupte aber das Gegenteil. Gerade der freie Sonnabendnachmittag läßt den Wunsch nach weiterer Verkürzung der täglichen Arbeitszeit erst recht lebendig werden. In Stuttgart haben circa 6000 Personen, meist Arbeiterinnen in unserer Industrie, den freien Sonnabendnachmittag bei einer täglichen Arbeitszeit von 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Stunden. Diese Arbeiterinnen haben ihren Unternehmern schon erklärt, sie könnten nicht länger als 9 Stunden täglich arbeiten. Der freie Sonnabendnachmittag bringt den Wunsch nach weiterer Verkürzung der täglichen Arbeitszeit durchaus nicht zum Schweigen, sondern läßt ihn also erst recht laut werden. Eines ist nicht zu verkennen: was in bezug auf den freien Sonnabendnachmittag bis jetzt erreicht worden ist, wurde ohne den nach außen scharf in Erscheinung tretenden Widerstand der Unternehmer erreicht. Anders wird die Sache werden, wenn die Organisation die Forderung allgemein erhebt und Propaganda dafür zu entfalten beginnt. Dann ist es nicht mehr eine Angelegenheit, die zwischen den Unternehmern der einzelnen Orte und ihren Arbeitern oder deren Organisation geregelt wird,

sondern dann wird es eine Angelegenheit von prinzipieller Bedeutung, die den Widerstand der Unternehmer herausfordert. Dann werden die Scharfmacherorgane wieder das bekannte Lied von dem Ruin der Industrie anstimmen, sie werden versuchen, den durch die veränderten Verhältnisse gebotenen berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft die Diktatur ihrer mächtigen Organisationen entgegenzusetzen.

In frischer Erinnerung ist uns allen noch die Hofer Aussperrung, deren Ursache darin bestand, daß die Arbeiter sich den freien Sonnabendnachmittag, der ihnen durch Produktionseinschränkungen gegeben wurde, nicht wieder nehmen lassen wollten. Sie hatten nach Aufhebung der Produktionseinschränkung gegen die Beseitigung der Neuerung heftig opponiert; ganz besonders waren es die Frauen, die den Wert des freien Sonnabendnachmittags schätzen gelernt hatten. Durch Vereinbarung mit ihren Unternehmern erreichten die Arbeiter der in Frage kommenden drei Hofer Betriebe die endgültige Freigabe des Sonnabendnachmittags. Ein wertvolles Zugeständnis, daß auch die Unternehmer darauf vorbereitet sind, die Forderung nach dem freien Sonnabendnachmittag würde bald allgemein erhoben werden, lag zweifellos in der Erklärung des einen Hofer Firmeninhabers: „Machen wir es jetzt nicht, so bekommen wir die Sache später noch einmal, es ist daher besser, wir regeln es jetzt gleich.“ Die Regelung der Frage in Hof paßte aber dem Verband süddeutscher Textilindustrieller nicht in den Kram. Als die Augsburgsberger Textilarbeiter, sich auf das Hofer Beispiel berufend, in eine Bewegung für den freien Sonnabendnachmittag eintraten, benutzten die Scharfmacher ihre Machtposition dazu, die Hofer Fabrikanten zu veranlassen, ihre der Arbeiterschaft gemachten Zugeständnisse zurückzuziehen. Der freie Sonnabendnachmittag ging wieder verloren. Es wurde ein einheitlicher Arbeitsschluß in allen Hofer Betrieben für den Sonnabend festgesetzt. Aber der Gedanke an die Einführung des freien Sonnabendnachmittags lebt weiter und wird lebendig bleiben, bis er in die Tat umgesetzt ist. Die Bewegung ist durch die Hofer Aussperrung in Fluß gekommen, wie die an verschiedenen Orten neuerdings erhobenen Forderungen auf den freien Sonnabendnachmittag beweisen. Die durch Unternehmerbrutalität verfügte Aussperrung war der Auftakt zu den Kämpfen, die die Unternehmer den Arbeitern zugedacht haben, wenn diese es wagen sollten, die Grenzen der Ausbeutungsmöglichkeit etwas enger zu ziehen.

Dabei bedeutet die Freigabe des Sonnabendnachmittags, wie längst erwiesen ist, nicht einmal eine Herabsetzung der Rentabilität der Unternehmungen. Die Unternehmer, die den freien Sonnabendnachmittag in ihren Betrieben eingeführt hatten, haben keinen Schaden davon gehabt, die Arbeiterschaft hatte aber Vorteile, die sie sich nicht ohne Widerstand entreißen lassen durfte. Auch die Unternehmer der 303 Betriebe, die nach der Umfrage Sonnabendnachmittag schließen, würden auf die Vorteile, die sich für die in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen daraus ergeben, recht gründlich pfeifen, wenn sie selbst Nachteile davon hätten. Daß die Arbeitsleistung bei kürzerer Arbeitszeit nicht ab-, sondern zunimmt, ist auch den Unternehmern bekannt, ist ja sogar aus Unternehmerkreisen schon bestätigt worden.

Aber die gesteigerte Arbeitsleistung der Textilarbeiterinnen, insbesondere bei kürzerer Arbeitszeit, hat der italienische Genosse Azimonti vor kurzem beachtenswerte Erhebungen angestellt. Nach ihm konnte die Erhöhung des Arbeitsertrags bei Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit von 12 auf 11 Stunden beobachtet werden. Beim Übergang vom Elf- zum Zehnstundentag konnten die Unternehmer schon nach 14 Tagen feststellen, daß der Arbeitsertrag des Zehnstundentags dem des Elfstundentags merklich überlegen war. Bei den in dem beobachteten Bezirk in der Textilindustrie beschäftigten Müttern, die die Erlaubnis haben, zur Stillung ihrer Säuglinge morgens und mittags je eine Stunde länger vom Betriebe fernbleiben zu dürfen, konnte ferner festgestellt werden, daß sie in achttündiger Arbeitszeit bei gleichen Löhnen und denselben Artikeln auf den gleichen Stühlen in einer Zahlperiode mehr verdienen als ihre Kolleginnen in zehn Stunden. Ist das nicht Beweis genug für die Produktivität der kurzen Arbeitszeit? Derartige Beobachtungen, bei uns angestellt, würden dieselben, wenn nicht günstigere Resultate zeitigen. Warum sollen wir noch zögern, eine Verkürzung der Arbeitszeit durch Einführung des freien Sonnabendnachmittags zu fordern?

(Schluß folgt.)

## William Mailly, ein sozialistischer Vorkämpfer.

In William Mailly, der allzujung, in voller Manneskraft kürzlich vom Leben scheidend mußte, hat die sozialistische Bewegung der Vereinigten Staaten einen ihrer trefflichsten Kämpfer verloren. William Mailly war im wahrsten Sinne des Wortes ein Sohn des Volkes. In Armut wurde er geboren und aufgezogen; sein ganzes Dasein war ein harter Kampf mit materieller Not, und doch hat er sich aus eigener Kraft emporgerungen aus den Tiefen des Elendes und der Unwissenheit zum geistigen Führer des Proletariats. William Mailly wurde als der Sohn armer irländischer Einwanderer in der Fabrikstadt Pittsburg in Pennsylvania geboren, schon wenige Jahre nach seiner Geburt kehrten seine Eltern jedoch nach der Alten Welt zurück, und so verlebte er seine Kindheit teils in Schottland, teils in England. Die Verhältnisse im elterlichen Hause waren immer die ärmlichsten, und nur den heroischen Anstrengungen und Opfern einer vortrefflichen Mutter — von der er immer mit der höchsten Liebe sprach — war es zu verdanken, daß der kleine Will wenigstens die elementarsten Schulkenntnisse erwerben konnte.

Als siebzehnjähriger Jüngling kehrte er allein in die Vereinigten Staaten zurück und fand Beschäftigung als Grubenarbeiter in den Kohlenminen von Alabama. Dort herrschten seinerzeit ganz menschenunwürdige Zustände, und Maillys reger Geist, seine Ausdauer und Arbeitskraft und sein geborenes Talent zum Führer rissen ihn bald mitten in den Strom der Arbeiterbewegung. Als in dem Minendistrikt, in dem er arbeitete, der große, denkwürdige Grubenarbeiterstreik von 1893 ausbrach, betätigte Mailly eine solche agitatorische und organisatorische Fähigkeit, daß ihm bald das volle Vertrauen der Arbeiter und der ungeteilte Haß der Grubenbesitzer zuteil wurde. Als nach Beilegung des Streiks die anderen Arbeiter in die Gruben zurückkehrten, wurde ihr Führer Mailly nicht wieder eingestellt. So verließ er die Gegend und damit auch zugleich das Gewerbe, aber er ist später immer mit der gewerkschaftlichen Organisation der Grubenarbeiter in engster Verbindung geblieben.

Zunächst führte ihn nun das Wanderschicksal des Arbeiters nach Nashville, Tennessee, wo er als Fuhrmann Beschäftigung fand und wo der Zufall ihn auf seine spätere journalistische Laufbahn lenkte. Da er jede freie Stunde dem geistigen Streben widmete und sich wieder mit Feuereifer in die Arbeiterbewegung warf, erkannten die Leiter einer Arbeiterzeitung, mit denen er in Verbindung trat, bald seine Fähigkeiten und gewannen ihn als Mitarbeiter. In diesen und den folgenden Jahren arbeitete Mailly unaufhörlich an der eigenen vernachlässigten Bildung. Er las Geschichte, er beschäftigte sich eingehend mit Politik und sozialen Fragen, er erwarb nicht unbedeutende literarische Kenntnisse und gewann so allmählich aus eigener Kraft eine tüchtige allgemein menschliche Bildung, die ihn in späteren Jahren jedem bürgerlich Gebildeten gleichstellte. In diesen Jahren las und lernte sich Mailly auch zur sozialistischen Weltanschauung durch. Schon während des Grubenstreiks war er zu der Erkenntnis gekommen, daß der gewerkschaftliche Kampf durch den politischen ergänzt werden müsse, und nun fand er in sozialistischen Schriften die feste theoretische Grundlage seiner praktischen Erkenntnis. So wurde William Mailly Sozialist, noch ehe es in den Vereinigten Staaten eine eigentliche sozialistische Bewegung gab. Als im Jahre 1897 die sozialdemokratische Partei von Amerika begründet wurde, war er einer der Mitbegründer und eifrigsten Befürworter der jungen politischen Organisation.

In der sozialistischen Partei selber hat Mailly im Laufe der Jahre viele und verschiedenartige, aber immer wichtige verantwortliche Ämter bekleidet. Er war bald in Massachusetts, bald in New York als Organisator tätig; er leitete mehrere lokale Wahlkampagnen; er war während großer

Streiks offizieller Berichtstatter für die Parteipresse und leitete zwei Jahre lang das nationale Parteibureau in Chicago. Dabei arbeitete er fast ununterbrochen journalistisch. Er war Mitarbeiter an mehreren sozialistischen Zeitungen und Zeitschriften; er redigierte erst die Zeitschrift „Social-democrat“ in Haberhill, Massachusetts, und später das Wochenblatt „The Worker“ in New York, und als unser New Yorker Tagesblatt „The Call“ begründet wurde, gehörte Mailly dem ersten Redaktionsstab an. Es war seiner Natur eigen, das, was er tat, immer mit der Einsetzung seiner ganzen Persönlichkeit zu tun. So gab er sich auch in der ersten schweren Zeit mit unermüdblicher Ausdauer der Leitung und Erhaltung des „Call“ vollständig hin. Sein langjähriger Freund und Mitarbeiter Algernon Lee schreibt von dieser Zeit: „Die ‚alte Garde‘ im Redaktionszimmer erinnert sich noch lebhaft daran, mit wie großem Enthusiasmus Mailly an die Arbeit ging. Unter den schwersten Bedingungen, wenn die Aussichten fast hoffnungslos schienen, war er seinen Kollegen eine stetige Inspiration.“ Um die nämliche Zeit begann sich aber in Mailly das schwere Leiden zu äußern, das ihn jetzt frühzeitig dahintrastete, und zwang ihn, die anstrengende Arbeit niederzulegen. Er arbeitete aber trotzdem journalistisch weiter und verfolgte unentwegt das Ziel, auf literarischem Gebiet Größeres zu leisten.

Es war sein persönlicher Ehrgeiz, der Wunsch seines Lebens, Mitarbeiter an einem oder mehreren der großen amerikanischen „Magazines“ (Zeitschriften) zu werden, und er stand gerade am Anfang der Erfüllung seiner Wünsche, als der Tod ihn abrief. Es war eine bemerkenswerte Erscheinung, daß dieser Grubenarbeiter, der sich selbst gebildet hatte, sich im Laufe seiner journalistischen Laufbahn zum angesehenen dramatischen Kritiker entwickelte. Mailly verstand es, Bühnenerfahrungen, namentlich solche moderner Schriftsteller, mit einer Feinheit und Schärfe zu zergliedern, daß er die Aufmerksamkeit der Theaterwelt auf sich lenkte. Schon am „Worker“ und später am „Call“ bildete die Besprechung von Schauspielen einen Teil seiner Arbeit, und vor ungefähr zwei Jahren wurde er fest als dramatischer Kritiker am „Twentieth Century Magazine“ angestellt, einer hervorragenden amerikanischen Zeitschrift. Im vergangenen Frühjahr erst eröffnete sich ihm noch ein zweites reicheres Feld der Tätigkeit, das ihm die größte Freude und Genugtuung gewährte. Das „Metropolitan Magazine“, ebenfalls eine der zahlreichen großen Zeitschriften, die hier erscheinen, machte eine plötzliche Schwankung zum Sozialismus und berief Mailly als Mitglied seines Redaktionsstabs. Seine journalistische Arbeit wurde ihm nicht leicht, denn er mußte sie unter schweren körperlichen Leiden verrichten. Aber seine große geistige Regsamkeit und die Liebe zu seinem Werke hielt ihn aufrecht bis zum Ende. Noch am Tage vor seinem Tode schrieb er seinen letzten Artikel.

Persönlich war William Mailly ein liebenswerter Mensch von rauhem Äußeren und weichem Gemüt, aufrichtig, vertrauenswürdig und gut. Er lebte neun Jahre lang in ungetrübt glücklicher Ehe mit einer gebildeten Frau, die er als Genossin im sozialistischen Lager kennen gelernt hatte. In treuer idealer Kameradschaft teilten die beiden alle Freuden und Leiden, alle Kämpfe und Bestrebungen, alle Arbeiten und Erfolge. Auch die sozialistische Frauenbewegung hat in Mailly einen treuen Kampfgenossen verloren. Schon lange ehe es in den Vereinigten Staaten eine sozialistische Frauenbewegung gab, hat er auf die Notwendigkeit einer solchen hingewiesen, und immer und überall ist er mit Wort und Schrift für die soziale und politische Gleichstellung der Frauen eingetreten. Ein ganzer Mensch, einer, auf den das Proletariat in seinem Kampfe mit Stolz hinweisen kann, einer, dessen Wirken und Streben noch fortleben wird nach seinem Tode, so bleibt in unser aller Angedenken William Mailly lebendig.

Meta R. Stern, New York.

## Aus der Bewegung. Resolutionen des Sozialdemokratischen Parteitags zu Chemnitz.

### I. Steuerungsfrage.

Der Parteitag konstatiert, daß der Kapitalismus in der stürmischen Entwicklung der beiden letzten Jahrzehnte zu einer ungeheuren Reichthumsvermehrung der Besitzenden geführt hat, während die arbeitenden Klassen durch die zunehmende Verteuerung ihrer wichtigsten Bedarfsgegenstände an der Erhöhung ihrer Lebenshaltung gehindert worden und in Gefahr geraten sind, der Kampferrungenschaften ihrer gewerkschaftlichen Organisationen beraubt zu werden. Der Parteitag sieht in diesem Gegensatz der Vereinerung der wenigen Kapitalmagnaten und der zunehmenden Massenverarmung den stärksten Beweis für die Unvereinbarkeit der kapitalistischen Produktionsweise mit den Interessen der arbeitenden Klassen und für die Notwendigkeit des Sozialismus, das heißt für die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion.

Der Parteitag erkennt in der herrschenden Schutzollpolitik Deutschlands die Ursache der unerträglichen Verschärfung der Steuerung. Er fordert die Beseitigung dieser Wirtschaftspolitik, deren Zweck nur die ungeheuerliche Steigerung der Beute der Großkapitalisten, Großgrundbesitzer und Spekulanten, die treibhausmäßige Förderung der Kartelle und Ringe und die Erhöhung ihrer Monopolprofite bildet. Der Parteitag fordert daher eine gründliche Reform unseres Steuersystems mit dem Ziel der Beseitigung aller indirekten Steuern auf die Verbrauchsartikel der Massen und ihre Ersetzung durch direkte Vermögens-, Einkommens- und Erbschaftssteuern.

Der Parteitag fordert die Beseitigung des Systems der Einfuhrsteuern, die Aufhebung aller Lebensmittelzölle und der Zölle auf Futtermittel, die den Großgrundbesitz auf Kosten der städtischen und der bäuerlichen Bevölkerung begünstigen.

Er fordert insbesondere zur Abhilfe der Fleischnot die sofortige Aufhebung der Vieh- und Fleischzölle, die Öffnung der Grenzen für Vieh und Fleisch unter Beachtung unerlässlicher gesundheitlicher Überwachungsmaßnahmen und der entsprechenden Abänderungen des Gesetzes betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau, um die Einfuhr von frischem und zubereitetem Fleisch, insbesondere auch von Gefrierfleisch, dauernd zu ermöglichen.

Dieselben Junker und Scharfmacher, welche die Aushungerung des Volkes durch ihre Zollwucherpolitik verschulden, wollen nun dessen Widerstand brechen, indem sie das ohnehin schon ungenügende Koalitionsrecht völlig erdroffeln. Der Parteitag protestiert gegen diese infame Vergewaltigung der Arbeiter und fordert vielmehr die Ausgestaltung und Sicherung der Koalitionsfreiheit.

Der Parteitag erklärt die sofortige Einberufung des Reichstags für unerlässlich und fordert die arbeitende Klasse auf, den Kampf gegen das herrschende Ausplünderungssystem auch im Hinblick auf die Neugestaltung der gesamten deutschen Handelspolitik und die gemeingefährliche Untätigkeit der kapitalistischen Klassenregierung gegenüber dem schreienden Notstand der Massen mit aller Wucht fortzusetzen.

### II. Imperialismus.

Die unter Verkümmern der Lebenshaltung des ausgebeuteten Proletariats gewaltig entwickelte Produktion treibt zur Erweiterung der Märkte, die riesige Anhäufung des Kapitals drängt nach neuen Anlagegebieten und Verwertungsmöglichkeiten.

Mit der zunehmenden Ausfuhr von Waren und Kapital, von Produktions- und Transportmitteln wird der Weltverkehr immer mehr gesteigert und die Weltwirtschaft ausgebreitet. Die durch das Schutzollsystem mächtig geförderten Organisationen der Unternehmer, Kartelle und Trusts, die das Wirtschaftsleben in steigendem Maße beherrschen, nutzen ihren Einfluß auf die Regierung ihres Staates aus, um die staatlichen Machtmittel ihren Expansionsbestrebungen dienstbar zu machen, von dem Wirtschaftsgebiet der Welt große Teile ihrer Einfluß- und Machtphäre zu unterwerfen und fremde Konkurrenten auszuschließen. Zu diesem Zweck ist die brutalste Gewalt willkommen, wenn sie Erfolg verspricht. Eine strupellose Raub- und Eroberungspolitik, deren volksfeindlichen Charakter bereits der Parteitag in Mainz im Jahre 1900 gebandmarkt hat, ist die Folge dieser imperialistischen Ausdehnungsbestrebungen. Um Beutezüge siegreich durchzuführen und den Raub in Sicherheit zu bringen, werden die Mordwerkzeuge in unerhörter Weise vermehrt und vervollkommenet.

Zwischen den Staaten, deren Kapitalistenklasse dasselbe Expansionsbedürfnis hat und zu seiner Befriedigung dasselbe Ziel verfolgt, entstehen schwere Verwicklungen und scharfe Gegenätze, die wiederum den Antrieb für bis zum Wahnsinn vermehrte und verstärkte Rüstungen geben. Die dadurch erzeugte Gefahr eines verheerenden Weltkriegs wird noch verschärft durch die schamlose Hez der Kapitalmagnaten und Junker, die an der Lieferung von Kriegsmaterial, an der Vergrößerung des Beamtenapparats und der leitenden Stellen in Heer und Marine besonderes Interesse haben.

Der Imperialismus stärkt die Macht der Scharfmacher, gefährdet das Koalitionsrecht und hemmt die Fortentwicklung der Sozialpolitik. Die Rüstungsausgaben bürden den Massen des Volkes unerträgliche Lasten auf, während die Teuerung aller Lebensmittel ihre Gesundheit untergräbt.

Die bürgerlichen Parteien sind durchweg in den Bann des Imperialismus geraten, sie bewilligen widerstandslos alle Forderungen für Heer und Marine. Die Sozialdemokratie bekämpft auf das nachdrücklichste imperialistische und chauvinistische Bestrebungen, wo immer sie sich zeigen mögen, pflegt dagegen mit aller Entschiedenheit die internationale Solidarität des Proletariats, das nirgends feindselige Gefühle gegen ein anderes Volk hegt.

Wenn auch der Imperialismus, der ein Ausfluß der kapitalistischen Wirtschaftsweise ist, nur mit dieser vollständig überwunden werden kann, so darf doch nichts unterlassen werden, um seine gemeingefährlichen Wirkungen zu mildern.

Der Parteitag bekundet den entschlossenen Willen, alles anzubieten, um eine Verständigung zwischen den Nationen herbeizuführen und den Frieden zu hüten.

Der Parteitag verlangt, daß im Wege internationaler Vereinbarungen dem Beträugten ein Ende gemacht wird, das den Frieden bedroht und die Menschheit einer furchtbaren Katastrophe entgegenreibt.

Der Parteitag fordert an Stelle heutigetägiger Eroberungspolitik die Freiheit des Weltverkehrs und die Beseitigung des nur der Bereicherung von Kapitalmagnaten und Großgrundbesitzern dienenden Schutzollsystems.

Der Parteitag erwartet, daß die Parteigenossen ihre ganze Kraft unermüdet für den Ausbau der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisation des klassenbewußten Proletariats einsetzen werden, um mit verstärkter Wucht den gewalttätigen Imperialismus zu bekämpfen, bis er niedergedrungen ist. Ist es doch die Aufgabe des Proletariats, den auf die höchste Stufenleiter gebrachten Kapitalismus in die sozialistische Gesellschaftsform zu überführen und so den Frieden, die Selbständigkeit und die Freiheit der Völker dauernd zu sichern.

**Eine Besprechung der weiblichen Delegierten des Parteitags** fand am Montagabend der Parteitagwoche statt. Gewünscht war die Besprechung von den sächsischen Delegierten worden, die über Einzelheiten der Agitations- und Organisationsarbeiten einen Meinungsaustausch wünschten. Genossin Piek leitete die Sitzung ein mit dem Hinweis, daß es erfreulicherweise gelungen sei, in einer ganzen Reihe von Bezirken in Frauenkonferenzen die Fragen der Agitation unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse zu besprechen, und für das bevorstehende Geschäftsjahr seien von den wichtigsten Bezirken des Reiches bereits Konferenzen angemeldet. Kurz legte sie dar, was in diesen Konferenzen, die sich als äußerst fruchtbar für die Werbungs- und Schulungsarbeit unter den Genossinnen erwiesen, zur Besprechung gelangen werde und forderte die Delegierten auf, ihre Wünsche in bezug auf die Tagesordnung dieser Zusammenkünfte zu äußern.

Eine lebhafteste Aussprache, an der sich die Genossinnen Agnes-Düsseldorf, Wollmann-Galberstadt, Eisinger-Mainz, Wulf, Mittag und Fahrenwald-Berlin, Brandenburg-Hamburg, Grünberg-Nürnberg, Lachermeyer-München, Kösch-Dresden, Schlag-Chemnitz und andere beteiligten, fand statt.

Eine kurze Diskussion über die Beteiligung der Genossinnen in der Jugendbewegung entwickelte sich, bei der Genossin Wurm und Lachermeyer gute informierende Ausführungen machten, in denen gezeigt wurde, wie wichtig es ist, auf die Arbeitereltern, besonders auf die Arbeitermütter einzuwirken, damit sie ihre Töchter und Mädel der proletarischen Jugendbewegung zuführen. Genossin Schlag wünschte ein stärkeres Werben unter der weiblichen Jugend. In einer Aussprache über den Frauentag wurde allseitig auf das lebhafteste eine Wiederholung der Demonstration für das Frauenwahlrecht gewünscht. Der hohe agitatorische Wert der Veranstaltung wurde einstimmig anerkannt. Einmütigkeit herrschte auch darüber, daß dem Parteivorstand die Festsetzung

des Termins zu überlassen sei, wobei der Wunsch geäußert wurde, möglichst den März zu wählen. Mit Rücksicht darauf, daß der internationale Kongress und damit auch die internationale Frauenkonferenz erst für das Jahr 1914 geplant sind, wurde der Wunsch ausgesprochen, die nationale Reichskonferenz im Jahre 1913 einzuberufen. Gewünscht wurde, auf die Tagesordnung unter anderem zu setzen: „Die Frauen und die Lebensmittelteuerung“ und „Die Aufgaben der Kinderschuttkommissionen“. L. Z.

**Agitation unter den Bergarbeiterfrauen in Niederschlesien.** Als im Frühjahr die englischen Bergleute ihren großen Kampf um den Mindestlohn führten, hielten auch die deutschen Bergarbeiter die Stunde für gekommen, ihre niedrigen Löhne aufzubessern, die in dieser Zeit der Lebensmittelteuerung gänzlich unzureichend waren. Hier in Niederschlesien kam es erst gar nicht so weit wie im Ruhrrevier, wo die Christlichen ihren Arbeitsbrüdern während des Kampfes in den Rücken fielen. Kaum hatten die niederschlesischen Bergleute ihre Forderungen eingereicht, so ließen auch schon die Selben durch den bekannten Soldling des Grubenkapitals Fichtner beim Landrat und Gendarmen und Militär bitten. Als dies von bürgerlichen Blättern festgenagelt wurde, brüstete sich Fichtner im „Feierabend“ — dies Blatt lassen die Kostenbarone zur Verdummung und Vernechtung der Bergarbeiterschaft in den Gruben unentgeltlich verteilen — folgendermaßen: „Ja, Fichtner II, war beim Herrn Landrat, habe dringend gerade um Militär gebeten, werde es, wenn die Verhältnisse es rechtfertigen, wieder tun, und werde, wenn dieser militärische Schutz für die große Zahl der Arbeitswilligen nicht ausreicht oder nicht möglich ist, dem Reichstreuen Verband die Selbsthilfe empfehlen und dieselbe organisieren... Wer hat etwas dagegen? Wer kann es ändern? Wer will es wagen, mich im Wiederholungsfall daran zu hindern?“ Und richtig wurden auch in den Gruben Schlagriemen, Gummimittel, Revolver und andere Erziehungswerkzeuge ausgeteilt. Zu welchem Zwecke, weiß man ja. Man wollte wie in Mosbit die Massen aufreizen, um der bewaffneten Staatsgewalt ein scheinbares Recht zum Angriff zu geben. Die Hungernden sollten mit blauen Bohnen gefüttert werden. Angesichts dessen konnten die Führer der Bergleute nicht zum Streit raten. Die Verhandlungen wurden abgebrochen, die Grubenherren versprachen aber, den Bergleuten freiwillig zuzulegen. Beim Versprechen blieb denn auch: die Schichtlöhne sind noch gesunken. Wird es in der Folge den Proletariern immer schwerer, ihr Leben zu fristen, so deckte in dem bereits erwähnten „Feierabend“ gegen gute Bezahlung Herr Heinrich Grund die wahre Ursache ihrer Not auf: „Nur und Glend gibt es nicht, wo dies doch der Fall ist, arbeitet der Mann nicht genug, die Frau versteht nicht zu wirtschaften und einzuteilen, und der Mann gibt obendrein noch zu viel Geld für Alkohol und Tabak aus.“ Um auf diese Verschimpfung der Arbeiterschaft die Antwort zu geben und um Herrn Grund Gelegenheit zu bieten, seine Worte vor den Arbeiterfrauen zu wiederholen, berief der sozialdemokratische Kreisvorstand 16 Frauenversammlungen ein mit dem Thema: „Hat die Arbeiterschaft das maßlose Glend in Niederschlesien verschuldet und verstehen die Frauen nicht zu wirtschaften und zu lochen?“ Zu diesen Versammlungen wurde auch Herr Grund brieflich eingeladen, der mutige Verleumder erschien aber in keiner von ihnen. Die 16 Frauerversammlungen waren zum Teil überfüllt und von über 6000 Frauen besucht. Redner war Genosse Arbeitersekretär Ostorrot. Er gab einleitend ein Bild der deutschen Wirtschaftspolitik und schilderte dann auf deren Hintergrund die bei uns in Niederschlesien herrschenden Zustände, auf die wir noch zurückkommen werden. Eine Resolution wurde angenommen, die sich gegen die Lebensmittelteuerung und gegen Arbeiternebelungsgesetze wendet. In den Versammlungen wurden 150 Frauen für die Partei gewonnen, so daß diese jetzt im hiesigen Kreise neben 3566 männlichen Mitgliedern 1250 weibliche zählt.

Agnes Tittel, Neu-Salzbrunn.

**Aus den Organisationen.** Seit Einführung der Frauenabende in Breslau sind zwei Jahre verfloßen, und es verlohnt sich daher ein Rückblick auf ihre Entwicklung. Mit der Errichtung der Frauenabende war ein längst gehegter Wunsch unserer Genossinnen in Erfüllung gegangen, nach einem Mittel zur gründlichen Aufklärungsarbeit unter den Frauen. Seit Anfang der neunziger Jahre, als die Schaar der Genossinnen in Breslau erst nach Hunderten zählte, waren einige Genossinnen bemüht, die proletarischen Frauen und Mädchen zu vereinigen und für die Ziele des Sozialismus zu gewinnen. Die Ordnungsgewalten duldeten das natürlich nicht und lösten mehr als einmal unsere Frauenvereine auf. Auch durch Geldstrafen anerkannter Polizei und Gerichte die tapfere Tätigkeit der betreffenden Genossinnen. Als dann im Jahre 1908 die Schranken gegen die politische Betätig-

gung der Frauen fielen, da wurde mit verstärktem Eifer um weibliche Mitglieder für die Partei geworben. Eine Kinderschuttkommission nahm ihre Tätigkeit auf und die Einrichtung von Frauenabenden zur theoretischen und praktischen Schulung der Genossinnen wurde beschlossen. Gründlich wurde vorgearbeitet, ehe man den ersten Frauenabend abhielt. Aus allen Bezirken wurden rührige Genossinnen herangezogen, um sie für die Leitung von Frauenabenden zu schulen. Dieser schwierigen Aufgabe unterzog sich der damalige Leiter unserer örtlichen Parteibewegung, Genosse E. Neukirch, der sich dadurch die dauernde Dankbarkeit der Proletarierinnen erworben hat. Drückt doch auf die Arbeiterfrauen der schlesischen Hauptstadt eine besonders schwere Sorgenlast, und in summe Verzweiflung über die nie endenwollenden Nöte des Lebens halten die Frauen noch fest zur Kirche. Hier gilt es, an die Stelle dumpfer Ergebung den Willen zum Kampfe für ein besseres Schicksal, an die Stelle des Glaubens die wissenschaftliche Erkenntnis zu setzen. Am 20. Oktober 1910 fand der erste Frauenabend des sozialdemokratischen Vereins Breslau in acht Lokalen statt; reichlich 400 weibliche Mitglieder und eine Anzahl Genossen hatten sich eingefunden. Vorlesungen waren von vornherein ausgeschaltet, es wurden an allen Frauenabenden aufklärende Vorträge gehalten und an diese schloß sich meist eine sehr rege Diskussion an. Im Anfang waren es nur männliche Redner, die den Frauen und Mädchen die Grundzüge und Endziele der Sozialdemokratie erläuterten und sie in die sozialistische Gedankenwelt einführten. Doch bei den letzten Frauenabenden wirkten bereits sechs Genossinnen und nur noch zwei Genossen als Vortragende. Genosse E. h. Müller, der Vorsitzende des sozialdemokratischen Vereins, hatte es unternommen, einige Genossinnen mit agitatorischer Begabung in besonderen Sitzungen zu Rednerinnen heranzubilden. Zwei tüchtige Rednerinnen gewannen wir ferner in den Genossinnen Gellrich und Friedländer, die aus der demokratischen Vereinigung zu uns übertraten. Auch Genossin Seelinger war einige Zeit unter uns tätig. In Breslau sind die Frauenabende ein notwendiger Bestandteil der Parteiorganisation geworden. Im letzten Tätigkeitsjahr wurden acht Frauenabende mit je acht Versammlungen veranstaltet. An drei Frauenabenden war es möglich, in allen Versammlungen die gleichen Fragen zu behandeln: „Die Frauen und die Reichstagswahlen“, „Lebensmittelwucher und Warenveruerung“, „Die Frauen und die Gemeindepolitik“. Lebhaft und anregende Debatten waren fast in jeder Versammlung zu verzeichnen. Unseren Frauenabenden ist es ganz wesentlich mit zu verdanken, daß der sozialdemokratische Verein neben 8486 männlichen Mitgliedern 1538 weibliche zählt. Auf Grund des neuen Vertretersystems für die geschäftsführenden Versammlungen und die Generalversammlungen wurden 65 Genossinnen als Vertreter und 18 als Ersatzvertreter gewählt. Die durch ihre Verfolgung der modernen Arbeiterbewegung in ganz Deutschland berühmte Breslauer Polizei konnte natürlich dem Aufschwung der sozialdemokratischen Frauenbewegung nicht tatenlos zusehen. Sie entsandte in jede der acht Versammlungen des Frauenabends am 19. Februar einen Kommissar und einen Unterbeamten zur Überwachung, indem sie die Versammlungen für öffentliche politische erklärte. Unsere Genossinnen protestierten gegen die Anwesenheit der Polizei in diesen Mitgliederversammlungen. Da die Polizisten die Lokale nicht verliehen, wurden sechs der Versammlungen nicht abgehalten. Kurz darauf erhielten sämtliche Vorstandsmitglieder unseres Vereins und die acht Leiterinnen der Frauenabende Strafbefehle im Gesamtbetrag von 420 Mark. Das Schöffengericht als Berufungsinstanz sprach die Vorstandsmitglieder mit Ausnahme des Vorsitzenden frei, ebenso zwei der Leiterinnen. Gegen die Verurteilung der übrigen haben wir Berufung eingelegt. Ferner wurde die Genossin Kerner zu 45 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil sie in einem Frauenabend gesagt hatte, die Polizei benachrichtige die Milchhändler vor jeder Kontrolle. Der Staatsanwalt hatte gegen sie „wegen verleumdender Beleidigung der Breslauer Polizei“ sechs Wochen Gefängnis beantragt. Alle diese polizeilichen und gerichtlichen Verfolgungen haben keine einzige unserer Genossinnen entmutigt. Im Gegenteil, sie stacheln sie erst recht an, ihre ganze Kraft in den Kampf gegen die Herrschenden einzusetzen. Im neuen Jahre finden die Frauenabende allmonatlich statt. Außer den Frauenabenden haben im letzten Tätigkeitsjahr noch eine Anzahl weiterer Versammlungen für unsere Frauen stattgefunden, in denen allen Hunderte neuer Mitglieder für die Partei gewonnen wurden. Eine glänzende Kundgebung für das volle Bürgerrecht der Frau war in Breslau der zweite sozialdemokratische Frauentag. Leider war der Kinderschuttkommission kein sehr erfolgreiches Wirken beschieden. Es ist ein zu schwieriges Gebiet, das diese in Breslau

zu bearbeiten hat und auf dem ihr die Armut unserer Arbeiter-schaft die größten Hindernisse in den Weg stellt. Noch ein großer Teil der Arbeiter-schaft empfindet das Kinderschutgesetz als eine Last, die ihr so langes Einkommen noch mehr schmälert. Die von den Frauen und für die Frauen in Breslau geleistete Arbeit ist nicht unbelohnt geblieben. Der schöne Aufschwung unserer Bewegung ist die Frucht der ausgestreuten Saat.

**Von der proletarischen Frauenbewegung in Chemnitz und Umgebung.\*** Tausende von Textilarbeiterinnen stromen in unserer Gegend dem Kapital. Noch vor wenigen Jahren hielt man es für unmöglich, sie in größerer Zahl der Organisation zuzuführen. Kräftige Töne waren notwendig, um die Schlummernden aufzuwecken. Sie wurden im Lager der Unternehmer gelassen. Was alle Agitation des Textilarbeiterverbandes nicht erreicht hatte, das brachte 1911 mit einem Male die Aussperrungswut der Metallindustriellen fertig. Als Tausende und aber Tausende von fleißigen Metallarbeitern aufs Straßenpflaster flogen, erkannte auch die Textilarbeiter-schaft in steigender Zahl, wie notwendig es sei, an einer guten Organisation einen festen Rückhalt zu besitzen. Die Zahl der im Textilarbeiterverband Organisierten stieg von ungefähr 3000 auf mehr als 6000, die weiblichen Mitglieder allein nahmen von 900 auf über 3000 zu. Gewiß ist noch die Fluktuation der Mitglieder, zumal der Arbeiterinnen, eine sehr große, doch hat sich trotzdem die angegebene Zahl nicht nur gehalten, sondern ist langsam, aber stetig weitergewachsen. Sehr erfreulich ist es, daß viele der gewerkschaftlich organisierten Frauen und Mädchen sich fleißig an allen Arbeiten der Organisation beteiligten. Im Gauvorstand, im Filialvorstand, in den Brandenkommmissionen, in der Auffuchungskommission und nicht zuletzt bei der Hausagitation und bei den Betriebsversammlungen finden wir weibliche Mitglieder eifrigst am Werke. Die großen und erbitterten wirtschaftlichen Kämpfe haben aber auch zahlreichen Proletarierinnen die Verderblichkeit, den Wahnsinn der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsweise aufgedeckt. In steigendem Maße bricht sich unter den Frauen und Mädchen die Erkenntnis Bahn, daß die bürgerliche Gesellschaft abgelöst werden muß durch die sozialistische Ordnung. Die Folge ist, daß sich in vielen Orten die Zahl der weiblichen Mitglieder in den sozialdemokratischen Vereinen beträchtlich vermehrt hat. Überall wurden Frauendiskutierabende eingerichtet. An solchen Abenden sprach ich zum Beispiel in Lichtenstein-Callenberg, Oberlungwitz, Altkemnitz, Silberdorf, Gröna usw. Die Genossinnen zeigten meist sehr viel Interesse für den Vortrag. In Gröna, wo ich sechs solche Abende abhielt, erschienen durchschnittlich 20 Genossinnen. Die Diskussion nach dem Vortrag war immer sehr lebhaft, so daß man seine helle Freude daran haben konnte. Daß in dem kleinen Orte der leitende Gedanke der modernen Arbeiterbewegung eine Stätte gefunden hat, zeigt sich auch daran, daß es hier 90 Abonnenten der „Arbeiterjugend“ gibt.

Auch dem Genossenschaftswesen bringen die Frauen jetzt überall mehr Interesse entgegen. Wie oft war früher nur ein kleiner Teil der Versammlungsbesucher Frauen, wenn genossenschaftliche Fragen behandelt wurden. Jetzt übersteigt häufig die Zahl der weiblichen die der männlichen Teilnehmer. Es geht auf allen Gebieten vorwärts mit der unfreiwilligen Hilfe des Ausbeutertums und seiner staatlichen und gesellschaftlichen Schutztruppe, aber auch dank der Erkenntnis, Begeisterung und Opferwilligkeit der zielbewußten Kerntuppe der kämpfenden Arbeiterklasse.

Helene Wagner-Chemnitz.

**Jahresbericht der Genossinnen des Wahlkreises Teltow-Beeskow, Storkow-Charlottenburg.** Aus dem Wahlkreis des Deutschen Reiches, der die größte Wählerzahl aufweist, läßt sich erfreulicherweise berichten, daß es auch dort mit dem politischen Zusammenschluß der Frauen vorwärts geht. Im vergangenen Jahre hat unsere Parteiorganisation um 1082 weibliche Mitglieder zugenommen. Von 32885 Mitgliedern sind 6316 Frauen. Zu berücksichtigen ist, daß der Wahlkreis trotz der Nähe Berlins eine große Zahl ländlicher Orte umfaßt, wo die Sozialdemokratie mit den rückständigsten wirtschaftlichen Verhältnissen zu rechnen hat. Aber gerade dort ist es doppelt notwendig, daß wir auch die Frauen für unsere Ideen gewinnen, hat es sich doch während der Reichstagswahl gezeigt, wie wertvoll auf dem Lande ihre Mitarbeit ist. Da die Genossinnen in der Regel weit vom Wohnort arbeiten, so ist es ihnen unmöglich, so früh nach Hause zu kommen, um Flugblätter so rasch zu verbreiten, wie sich dies oft genug notwendig macht. Man darf dabei nicht die Gewohnheiten der ländlichen Bevölkerung vergessen

\* Wegen Raummangels verspätet.

und die oft weit auseinanderliegenden Häuser. So wäre manches wertvolle Flugblatt nicht in die Hände der Wähler gekommen, wenn nicht die Genossinnen die Verbreitung mit Eifer und Energie besorgt hätten. Auch sonst war ihre Mitarbeit von großem Nutzen. In größeren Zwischenräumen treten die Funktionärinnen der Partei zu Konferenzen zusammen, um sich über die zweckmäßige jeweilige Art der vorzunehmenden Arbeiten zu verständigen. Bei diesen Zusammenkünften kann man beobachten, wie schulend der politische Kampf auf die Genossinnen wirkt, wie vieles sie lernen, was der Bewegung wieder zugute kommt. Die Genossinnen haben bei einer fruchtbareren Hausagitation Flugblätter und die Broschüre verbreitet: „Bist du eine der Unsrigen?“ Mit diesem Schriftchen soll auch im neuen Tätigkeitsjahr eine Hausagitation großen Stils getrieben werden. Ganz besondere Bedeutung wird der Art und Weise beigelegt, wie solche Flugschriften verbreitet werden. Die nämliche Genossin, die in Bezirk, Straße oder Haus das Flugblatt oder die Broschüre verteilt hat, ist verpflichtet, einige Tage darauf in den Wohnungen mit Ausnahmeerscheinungen vorzusprechen. Das hat sich gut bewährt und der Partei manches Mitglied zugeführt. In 32 Orten gehören dem Vorstand der Parteiorganisation Genossinnen an. Auch im Zentralvorstand sind sie vertreten. Der Schulung der weiblichen Mitglieder dienen Vespere, die in 26 Orten regelmäßig jeden Monat abgehalten werden. Die Teilnehmerinnen haben unentgeltlich die Broschüre erhalten: „Die Frau und der politische Kampf“. Unentgeltlich wird den Funktionärinnen Heft 8 der Frauenbibliothek verabfolgt, die beiden ersten Hefte der Serie aber zu herabgesetztem Preise. Anlässlich des Frauentags wurden 250000 Flugblätter verbreitet und 21 Versammlungen abgehalten. Leider hat die Zahl der „Gleichheit“-leserinnen sich um 99 verringert. Im Interesse der Schulung unserer Genossinnen ist das sehr zu bedauern. Diese Scharte muß selbstverständlich ausgeweitet werden. Die Genossinnen sehen den Aufgaben und Kämpfen des neuen Tätigkeitsjahres mit frischem Mut entgegen. Insbesondere freuen sie sich auf den Wahlkampf zum preussischen Landtag, der ein Wahlrechtskampf sein wird, der auch für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts geführt wird. Eine Frauenkonferenz, die bereits im neuen Tätigkeitsjahr stattfand, hat der Beteiligung der Genossinnen an diesem Wahlkampf schon tüchtig vorgearbeitet. Die Genossinnen hoffen, daß die neuen Aufgaben auch neue Erfolge und größere Siege bringen werden. Marie Zuchacz.

### Politische Rundschau.

Kriegsgeheiß erfüllt wieder einmal Europa, und diesmal ist es nicht so sicher, daß es bloß beim Geheiß bleibt. Im alten Wetterwinkel, auf dem Balkan, hat sich das Unwetter zusammengezogen. Die Balkanstaaten haben ihre Truppen mobilisiert. Bulgarien, Serbien, Montenegro und Griechenland rüsten fieberhaft zum gemeinsamen Angriff auf die Türkei, die energisch die Gegenwehr vorbereitet. Zwar tun die Diplomaten der Großmächte so, als könnten und wollten sie das Unheil noch verhüten. Die Großmächte sind alle die eifrigsten Friedensschützer, einig in dem Gedanken, den Kriegsbrand nicht zum Ausbruch kommen zu lassen. So lautet die offizielle Lesart. Sie ist indes nicht ganz überzeugend. Jedenfalls haben es die angeblich in dem Wunsch, den Frieden zu erhalten, einigen Großmächte bisher noch nicht zu einem gemeinsamen Schritt bei den Balkanstaaten gebracht. Der Vorschlag Frankreichs, den Gegnern der Türkei als gemeinsamen Entschluß der Mächte zu erklären, daß diese im Falle des Unterliegens der Türkei keinerlei Verschiebung der Grenzen auf dem Balkan dulden würden, so daß den hungrigen Nachbarn des Osmanenreiches jegliche Hoffnung auf Beute genommen würde, ist bis jetzt noch immer ein bloßer Vorschlag. Die bürgerliche Presse hat denn auch die Hoffnung, daß die Mächte den Krieg verhindern könnten, allmählich auf den bescheidenen Wunsch herabgestimmt, daß sie ihn wenigstens lokalisieren möchten. Das heißt, sie hofft nur noch, daß sich aus dem Balkankrieg nicht der europäische Krieg, der Weltkrieg entzünden möge. Nahe genug ist dieser gerückt, wenn am Balkan die Hinten losgehen. Denn unterliegt die Türkei, so werden sich nicht nur Bulgaren, Serben und Griechen in die Beute teilen, sondern dann werden auch Rußland und Österreich und England „ihre Interessen wahren“, und scharfe Gegensätze klaffen auf. Dem mitteleuropäischen Dreieck Deutschland, Österreich und Italien — die letztere Macht ist freilich ein unsicherer Posten — steht der neue Dreieck England, Frankreich, Rußland gegenüber. Die Gegensätze, die der Imperialismus in allen Gebieten der Welt zwischen diesen Mächtegruppen und insbesondere zwischen den führenden Staaten Deutschland und England geschaffen hat —

das heißt zwischen den Bourgeoisien der Länder —, würden dann im Anschluß an die Streitigkeiten der Balkanstaaten zum welterschütternden Austrag kommen.

Die Diplomatie der Großmächte tut so, als sei ihr ganzes Sinnen darauf gerichtet, eine solche Katastrophe zu vermeiden, und als komme ihr die Kriegsgefahr ganz unerwartet über den Hals. In Wirklichkeit aber haben Rußland und Österreich mit aller Macht dazu beigetragen, daß die jetzige Situation entstanden ist, und deshalb ist auch die angebliche Friedensarbeit der Diplomaten nur mit Mißtrauen zu betrachten. Rußland, das vor der Welt vor Eifer schwimmt, den Frieden zu wahren, spielt ganz offensichtlich ein freches Doppelspiel. Russische Mächenschaften haben die vier sogenannten christlichen Balkanstaaten zusammengebracht und zu ihrem Vorgehen gegen die Türkei ermutigt. Die Gelegenheit zum Angriff auf das Osmanenreich schien ja seit Ausbruch des italienisch-türkischen Krieges besonders günstig; der Albaneseaufstand, der die Türkei weiter schwächte, war ein neuer Anreiz für die Nachbarn, und als den Albanern Reformen und weitgehende Selbständigkeit versprochen wurden, da war die Gelegenheit gegeben, für die in der Türkei lebenden Stammesgenossen der Bulgaren, Serben und Griechen das gleiche zu fordern. Die russischen Ermunterungen taten das ihrige. Um Rußland den Wind aus den Segeln zu nehmen, trat Österreich, das die Oberherrschaft auf dem Balkan anstrebt, mit seiner Forderung an die Türkei hervor nach Reformen in Mazedonien, die den christlichen Volksstämmen Selbstverwaltung gewähren sollten. Die ablehnende Haltung der türkischen Regierung erhielt die nationalen Leidenschaften in den Balkanstaaten, Bombenattentate der nationalistischen Organisationen in Mazedonien, die furchtbare Christenmassaker im Gefolge hatten, schürten das Feuer weiter. Heute ist die Stimmung der Völker in den christlichen Balkanstaaten so, daß die Ferdinand, Peter usw. den Verlust ihrer Thronchen fürchten müssen, wenn sie sich jetzt im letzten Augenblick noch dem Krieg widersetzen wollten. Starke wirtschaftliche Interessen sind die Untergründe dieser nationalen Kriegsbegeisterung. Denn diese Staaten sind seinerzeit von der europäischen Diplomatie zurechtgeschneidert worden ohne große Rücksicht auf nationale Zusammenhänge und namentlich auf die Möglichkeit gesunder wirtschaftlicher Entwicklung. Daher empfinden sie jetzt unter dem Einfluß des aus dem Westen eindringenden und die alten ausschließlich agrarischen Zustände zersetzenden Kapitalismus besonders heftig den Drang nach der Ausdehnung ihres Gebiets. Die Sozialdemokratie leugnet natürlich nicht das Recht der in der Türkei ansässigen Bulgaren, Serben und Griechen auf nationale Selbständigkeit und Reformen. Aber sie ist die entschiedenste Gegnerin von Kriegen, die lediglich die jetzigen Zwergstaaten auf Kosten der Türkei vergrößern sollen und bei der starken Vermischung der Nationalitäten in der Türkei die nationalen Fragen doch nicht befriedigend lösen könnten. Die Sozialdemokratie des Balkans strebt einen Bund der Balkanrepubliken an, in dem die nationalen und wirtschaftlichen Interessen aller Balkanvölker zu ihrem Rechte kommen können. Einer solchen Lösung stehen freilich die Interessen sowohl Rußlands wie Österreichs und anderer kapitalistischer Staaten entgegen. Die europäische Diplomatie ist auch diesmal wieder die dunkle Macht, die die Verhältnisse verwirrt und verschlimmert, wenn es freilich auch übertrieben wäre, ihr die eigentliche Schuld an dem Ausbrechen der Kriegsgefahr aufzubürden. Die liegt, wie oben gezeigt ist, viel tiefer. Der Kapitalismus ist's, der sie schafft — und sie ist eine selbstverständliche Erscheinung in der Epoche des Imperialismus, des allgemeinen Strebens der kapitalistischen Staaten nach Ausdehnung ihrer Ausbeutungsgebiete.

Während so das deutsche Volk vor der Gefahr steht, in den Strudel des Weltkriegs gerissen zu werden, bekommt es zugleich die Geißel der Teuerung immer schärfer zu spüren. Die Fleischnot ist so unerträglich geworden, daß jetzt selbst die unter der Fuchtel der Junker stehende preussische Regierung zu dem Erkenntnis gekommen ist, daß etwas getan werden muß. Lange genug freilich hat Herr v. Bethmann Hollweg gebraucht, bis er zu einem Entschluß gekommen ist, der dem deutschen Volke Abhilfe der Fleischnot — vortäuschen soll. Ernstliche, durchgreifende Maßregeln — Aufhebung der Vieh- und Fleischzölle und der Grenzsperrn, Beseitigung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes, der die Einfuhr von Gefrierfleisch aus überseeischen Ländern verhindert — will der Reichskanzler nicht, mit Rücksicht auf die Interessen der deutschen Landwirtschaft, will heißen der Großgrundbesitzer, der Junker. Selbst wenn das Volk hungert, müssen diesen Herren ihre Bucherprofite aus Zöllen und Grenzsperrn erhalten werden. Und so wurde denn den darbedenden Massen eine Reihe von Verordnungen geboten, die angeblich die Einfuhr von frischem Fleisch erleichtern.

In Wirklichkeit aber werden diese keine Wirkung haben, weil die Gebiete, die für die Einfuhr freigegeben werden, keine erheblichen Mengen von Fleisch zu liefern vermögen. Die Einfuhr von lebendem Vieh bleibt nämlich wegen der Gefahr für das deutsche Vieh nach wie vor fast gänzlich verboten. Aus den Nachbarstaaten darf frisches Fleisch eingeführt werden — unter erschwerenden Umständen; die Tierkörper müssen mit den Eingeweiden verbunden sein, da der berühmte § 12 des Fleischbeschaugesetzes bestehen bleiben soll, natürlich im Interesse des deutschen Volkes. So können, da längerer Transport des frischen Fleisches ausgeschlossen ist, nur die nächsten Grenzgebiete als Lieferanten in Betracht kommen, Gebiete, wo nachgewiesenermaßen eben keine großen Viehbestände vorhanden sind. Rumänien, Bulgarien, Serbien fallen schon wegen der Mobilmachung aus, Belgien und Holland haben nicht viel zu bieten. Das überseeische Gefrierfleisch aber, das in großen Mengen eingeführt werden könnte, bleibt durch den § 12 des Fleischbeschaugesetzes weiter ausgeschlossen. Die Fracht- und Zollermäßigungen, die auch nur gewährt werden, wenn große Städte die Bezücker sind, sind minimal, kurz, die ganze Maßregel, der sich die Regierungen der Bundesstaaten im wesentlichen angeschlossen haben, ist die reinste „weiße Salbe“.

Und dabei geht diese Maßregel den Junkern doch zu weit — in der „Deutschen Tageszeitung“ tobt Oertel über den Schlag, der der deutschen Landwirtschaft verfehrt worden ist. In Wirklichkeit meint er den Schlag, der der Zoll- und Grenzsperrpolitik verfehrt worden ist. Denn so unzulänglich, ja heuchlerisch die Maßregeln der Regierungen sind, sie sind doch ein amtliches Eingeständnis, daß der Zoll verteuern wirkt, und die Milderung der Grenzsperrbestimmungen beweist, daß es mit ihrer Notwendigkeit für die Gesundheit des deutschen Volkes und deutschen Viehes sehr schwach bestellt ist. Die Junker haben also schon einigen Grund, unzufrieden zu sein — sie fürchten die Konsequenzen. Daß die Volksvertretung nicht so bald dazu komme, Stellung zu nehmen, ist Wehmann ängstlich besorgt. Er hat den sozialdemokratischen Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstags in einem Schreiben an den Genossen Nebel rundweg abgelehnt. Um so mehr müssen die Massen handeln und der Regierung die heuchlerische Maske vom Gesicht reißen.

Die preussische Junkerschaft hat in diesen Tagen ihre Genug-tung erhalten für die Aufsehung der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Vorhardt und Leinert gegen ihr parteiisches Polizeiregiment im Landtag und gegen die Durchbrechung der Verfassung durch den Hausknechtsparagrafen der verschärften Geschäftsordnung. Der Prozeß hat mit der Verurteilung unserer beiden Genossen geendet. Das war für jeden vorauszusehen, der die deutschen, besonders die preussischen Richter kennt. Bemerkenswert ist indes, daß nur niedrige Geldstrafen verhängt wurden, was die Reaktionspresse mit Ingrimm bemerkt. Und vor allem hat sich das Gericht vorsichtig um die Frage herumgedrückt, ob die Geschäftsführung des verstorbenen Junkerpräsidenten v. Orffa im Falle Vorhardt korrekt war, was der Reaktionspresse abermals Thränen entlockt. Wichtiger als das alles ist freilich der Umstand, daß das Gericht die Geschäftsordnung des Dreiklassenparlamentes trotz ihres klaren Verstoßes gegen die Verfassung für rechtsgültig erklärt hat. Über diese juristisch ganz unhaltbare Auffassung wird das Reichsgericht noch zu entscheiden haben. Allerdings, der Streit ist mehr als ein juristischer: Verfassungsfragen sind Machtfragen. Nur das preussische Proletariat kann schließlich den Hausknechtsparagrafen mit samt dem Junkerregiment zum Fall bringen. H.B.

### Gewerkschaftliche Rundschau.

Der deutsche Polizist hat von jeher gegen die um ihr Recht kämpfenden Arbeiter eine Schneid entwickelt, die einem inneren Glauben an die Bedeutung seines Amtes für die Ordnung und die Ruhe des Staates entsprang. Beobachtete man allerdings das rücksichtslose Vorgehen von Polizei und Militär bei den letzten großen wirtschaftlichen Kämpfen, so drängte sich einem die Überzeugung auf, daß höheren Ortes das kriegerische Gemüt der Ordnungshüter noch besonders angefeuert wurde. Militär und Polizei hatten nicht nur die erhabene Aufgabe, die Ordnung zu schützen, sondern auch die andere, den Streik durch Waffengewalt zu unterdrücken. Diese Überzeugung ist jetzt als richtig bestätigt worden durch ein amtliches Schriftstück, das der Parteipresse zufließt. Darin wird ein Gen darm durch den Oberwachmeister „zur Unterdrückung eines Streiks kommandiert“, und es wird ihm noch besonders aufgegeben, seinen Karabiner mitzubringen. Der Streik, dessen Unterdrückung anbefohlen wurde, war ein Ausstand der Holzarbeiter in Lil-

fit. Das hier ergangene Kommando ist ganz gewiß nicht das einzige seiner Art, es ist nur das einzige, das bisher zur Kenntnis der Öffentlichkeit gelangt ist. So ist schwarz auf weiß erwiesen, daß die Arbeiter Polizei und Militär mit ihren Steuergroschen zu ihrer eigenen Bekämpfung erhalten müssen. Nicht nur zum Schutze der lieben Arbeitswilligen, auch nicht bloß um Ruhe und Ordnung durch brutales Vorgehen zu stören, werden die Polizeimannschaften zum Streikplatz beordert. Nein, sie haben dazu noch den Befehl, Streiks selbst zu unterdrücken und nötigenfalls mit dem Karabiner ein Loch in das bürgerliche Märchen von den „freien Arbeitern“ zu knallen, vielleicht auch in härtere Dinge. Wenn durch solches Eingreifen der Polizei für die Ausbeuter die „streiklustigen“ Arbeiter noch nicht zur Räson gebracht werden konnten, so kann wirklich nur noch ein neues Zuchthausgesetz helfen. Ein weiterer ungesetzlicher Eingriff der Polizei in das staatsbürgerliche Recht der Arbeiter wurde aus Straßburg i. E. vom Streik der Tabakarbeiterinnen gemeldet. Dort lief ein Schutzmann bei den Eltern der streikenden Tabakarbeiterinnen herum und suchte sie zu bewegen, sie sollten auf ihre Töchter einwirken, daß diese die Arbeit aufnahmen. Der Verband könne den Streikenden, wie der Polizist versicherte, ja doch nicht helfen. Ihm wurde die einzig richtige Antwort. Als Dank für seinen guten Rat wurde dem Schützer der Ordnung und der Ausbeutung gewiesen, wo der Zimmermann das Loch in der Wand gelassen hat.

Ein bedeutungsvolles gerichtliches Nachspiel wird der Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier noch haben. 225 Bergarbeiter haben durch den Bergarbeiterverband beim Landgericht Schaden-erfahllage gegen den Zechenverband einreichen lassen. Eine größere Anzahl Bergleute sind nach dem letzten Streik durch schwarze Listen des Zechenverbandes ausgesperrt worden. Sie verlangen nun dafür einen Schadenersatz von rund 60 000 Mk. Das Landgericht Essen und das Oberlandesgericht Hamm haben in früheren Urteilen die Aussperrungsmaßnahmen des Zechenverbandes gegen kontraktbrüchige Arbeiter soweit für berechtigt erklärt, als sich die Dauer der Aussperrung auf nicht länger als sechs Wochen erstreckte. Trotzdem ist diesmal — es ist der Weg der Kollektivklage gewählt worden — auch für diejenigen Gemahregelten Klage eingeleitet worden, die kürzere Zeit als sechs Wochen ausgesperrt wurden. Es soll eine endgültige Entscheidung des Reichsgerichts herbeigeführt werden.

Die Papierarbeiter und -arbeiterinnen in Aischersleben stehen seit einiger Zeit in Streik. Die Besitzer der großen Fabrik, Kommerzienräte, schenkten vor einigen Jahren der Stadt ein schönes Haus mit Theater, Bibliothek und Lesesaal und ließen sich in einer Festschrift als recht sozial fühlende Männer preisen. Einer der Herren empfahl bei der Einweihung jenes Hauses seinen Klassengenossen, die Arbeiter nicht als Arbeitsmaschinen, sondern als gleichberechtigte Menschen zu betrachten, die vollen Anspruch auf Menschenwürde haben. Wie das gefeierte Recht auf Menschenwürde in der Wirklichkeit aussieht, das wird durch den jetzigen Kampf beleuchtet. Die vielfachen Millionäre, die 1800 Leute beschäftigen, wollen den Arbeiterinnen keine Lohnzulage gewähren, obgleich deren Löhne bis auf 3,60 Mk. wöchentlich heruntergingen. 300 Arbeiter und Arbeiterinnen und 300 bis 400 Heimarbeiterinnen mußten die Arbeit niederlegen, um menschenwürdigeren Löhne zu erlangen. Der Arbeiterverband, dessen Mitglieder die Streikenden sind, wird durch tatkräftige Unterstützung der Streikenden den Herren das soziale Gewissen schärfen müssen, damit es sich werktags praktisch äußert und nicht bloß bei Festlichkeiten in schönen Reden austobt.

In der Schokoladen- und Zuckerindustrie werden verschiedene Lohnbewegungen geführt. Bei der Firma Moser-Roth in Stuttgart kam nach kurzem Ausstand durch die Vermittlung eines Regierungsbeamten eine Vereinbarung zustande. Diese sichert den 134 Arbeiterinnen bei der Einstellung einen Stundenlohn von 20 Pf. und erhöht auch die übrigen Löhne ein wenig. Bisher verdienten die Arbeiterinnen bei angestrengtester Akkordarbeit 13 Mk. wöchentlich, viele noch weniger. In der Bremer Schokoladenfabrik führte die Arbeiterschaft einen Streik mit Erfolg durch. Auch hier erhalten die Arbeiterinnen nunmehr einen Anfangsstundenlohn von 20 Pf., während der für angelernte Arbeiter auf 40 Pf. steigt. Der Erfolg ist der Geschlossenheit der Arbeiter und Arbeiterinnen im Kampfe zu danken. Auch in der Hersfelder Zuckwarenindustrie und an anderen Orten sind Lohnkämpfe im Gange, an denen Arbeiterinnen besonders beteiligt sind. — In der Fischkonservenindustrie, die in den Unterweserorten ihren Hauptsitz hat, beabsichtigen die Unternehmer durch Anwerbung ausländischer Arbeiterinnen nicht allein die Löhne zu drücken,

sondern vor allen Dingen um die gesetzlichen Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen herumzukommen. Die jetzt in dieser Industrie beschäftigten Arbeiterinnen fordern nämlich einen Maximalarbeitsstag und bestehen auf strenger Beobachtung der bundesrätlichen Verordnungen. Die Unternehmer wollen sich aber durch diese ihren Profit nicht schmälern lassen. Sie haben keine Empfindung für die Tatsache, daß die unsaubere und anstrengende Beschäftigung einen besonderen Schutz der Arbeiterinnen verlangt, sollen sie nicht an ihrer Gesundheit Schaden leiden. Der Geldbeutel ist das einzige Ding, das zu ihnen redet.

In der Nordhäuser Kautabakindustrie wurde durch die Hilfe des Tabakarbeiterverbandes eine Lohnbewegung ohne Arbeitseinstellung mit Erfolg durchgeführt. Für die in Lohn und Akkord beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen wurden beachtenswerte Lohnzahlungen durchgeführt, die auf das Jahr berechnet rund 100 000 Mk. ausmachen. Der Tabakarbeiterverband stand bisher nur mit der Tabakarbeitergenossenschaft im Tarifverhältnis. Nunmehr gelang es ihm, die obigen Lohnbewegungen bei einer Anzahl Firmen tariflich festzulegen, so daß etwa für ein Drittel der Nordhäuser Kautabakarbeiter und -arbeiterinnen Löhne und Arbeitszeit bis zum 1. April 1915 auf tariflicher Grundlage vereinbart sind. — Die Metallarbeiterbewegung im Kölner Bezirk schreitet erfolgreich, wenn auch langsam, für die Arbeiter vorwärts. Das Ziel dieser Bewegung ist bekanntlich eine Verkürzung der Arbeitszeit. In 26 Betrieben mit 8986 beschäftigten Arbeitern erfolgte bereits eine Regelung der Arbeitszeit, und zwar ist sie meist auf 56 Stunden in der Woche festgesetzt worden.

Während, wie wir in letzter Nummer meldeten, die Differenzen in der Würstefabrik von Heine & Co. in Halberstadt beigelegt sind, weigert sich die Firma Chr. Förster am selben Ort, für ihr Personal gleiche Arbeitsbedingungen einzuführen. — Im Kölner Verkehrsgewerbe wurde von Kutschern, Kraftwagenführern und Fuhrunternehmern gemeinsam ein Streik gegen eine neue Polizeiverordnung geführt, die die Fahrer sehr belästigt. Der Verkehr ruhte vollständig. Arbeitswillige waren nicht vorhanden. Die Polizeibehörde sah sich gezwungen, mit der Streikkommission zu verhandeln, und sie mußte die sofortige Aufhebung einiger Härten der neuen Verkehrsordnung zusagen und für andere Bestimmungen eine mildere Handhabung versprechen.

Der christliche Gewerkschaftskongress tagt in Dresden. Die Öffentlichkeit war auf seine Tagesordnung besonders gespannt. Man mußte erwarten, daß sie eine Behandlung der Kardinalfrage für die christlichen Gewerkschaften bringen werde: ob die katholische Kirche so gnädig sein will, die christlichen Gewerkschaften zu dulden oder nicht. Doch diese Frage steht nicht auf der Tagesordnung. Dafür wird Herr v. Berlepsch ein Referat über sein Lieblingsthema halten: Das reichsgesetzliche Einigungsamt. Die Streikbruchgewerkschaften werden dabei vermutlich auf ihre Rechnung kommen. Der Geschäftsbericht der Christlichen enthält selbstverständlich die üblichen Beschimpfungen der freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei und Versuche, ihre Taktik herabzusetzen. Unsere Gewerkschaften werden zur Abwechslung wieder einmal bemitleidet, daß sie sich unter das Joch der roten Revolutionspartei beugen müssen. Nach dem Chemnitzer Parteitag war in den Christenblättern von der völligen Verwässerung und von der Wadenstrümpferei der Sozialdemokratie zu lesen. Die München-Madbacher Schule ist doch etwas Feines! Wir werden auf den Kongress zurückkommen. Zur Stunde, wo wir schreiben, ist er noch nicht vorüber. #

Aus der Textilarbeiterbewegung. Nach 27 Wochen heißen Kingtons haben die streikenden Arbeiter der Firma Kautner in Langenbielau ihren Kampf erfolgreich beendet. Der Streik brach aus, weil die schwerreiche Firma den „Reichenbacher Tarif“ einführen wollte, der geringere Löhne vorsah, als in Langenbielau gezahlt wurden. Dieser Tarif gelangt nun zwar doch zur Einführung, aber stark verändert durch erhebliche Zuschläge. Besonders wertvoll für die Arbeiter ist, daß bei dem Bierstuhlsystem nur 20 Prozent in Wegfall kommen, während sonst in Schlesiens 30 Prozent abgerechnet werden. Der neue Tarif ist für zwei Jahre festgelegt und von der Firma wie den Organisationsvertretern unterschrieben worden. Die Unterschrift beider vertragsschließenden Seiten, so selbstverständlich sie eigentlich ist, bedeutet für die schlesischen Textilmagnaten etwas ganz Unerhörtes. Um diesen Preis hätte die Firma schon bei Beginn des Kampfes den Frieden haben können, sie wollte jedoch den Arbeitern mit allen Mitteln eine Lohnherabsetzung aufzwingen. Das ist der Firma nicht gelungen trotz aller ihrer Millionen. Der Ausgang des Kampfes ist der Geschlossenheit der Arbeiter, ihrer Organisation

zu danken. Die Firma hat alle Minen springen lassen, um Arbeitswillige heranzuziehen, die Leitung der Organisation war aber immer in der Lage, dies zu vereiteln. Die Folgen des Kampfes werden der Firma noch recht fühlbar werden, da gegen 200 der besten Arbeiter und Arbeiterinnen während des Ausstandes in anderen Betrieben untergebracht worden sind und im Sulkengebirge bekanntermaßen Mangel an Arbeitskräften besteht. Schlesiens Textilarbeiter mögen sich an diesem Kampfe ein Beispiel nehmen. Nur in der Organisation liegt ihre Stärke! In Mülhausen i. E. steht die Textilarbeiterchaft seit zwölf Wochen in einem größeren Kampfe. Gefordert wurde dort neben entsprechender Lohnerhöhung der „freie Sonnabendnachmittag“. Als die Arbeiter in zwei Betrieben ihre Forderung durch Arbeitsniederlegung durchzudrücken versuchten, erfolgte in sechs Betrieben die Aussperrung. Der Kampf hat jetzt auf Bühl bei Gebweiler übergegriffen, wo bei der Firma Rogelet 200 Arbeiter ebenfalls die Arbeit einstellten, da die Firma sich weigerte, die Anfertigung von Streifarbeit zu unterlassen. Zur Zeit sind 1000 Arbeiter an dem Kampfe beteiligt. Die „Christen“ begehren auf Befehl ihrer Leitung Streikbruch und arbeiten weiter. Die Mülhausener Aussperrung zieht ihre Kreise bis in das Bankgewerbe. In den sechs größten Bankgeschäften Mülhausens bestand schon seit längerer Zeit am Sonnabend die englische Arbeitszeit. Jetzt haben die Banken auf Verreiben der Textilindustriellen am Sonnabendnachmittag ihre Schalter wieder geöffnet, nach dem Motto: „Schlechte Beispiele verderben gute Sitten“. Wie der Kampf im Elsaß ausgeht, ist heute noch nicht abzusehen, aber das können wir den Unternehmern heute schon verraten: der Textilarbeiterverband ruht nicht eher, als bis der freie Sonnabendnachmittag auf der ganzen Linie errungen ist! Das ist er vor allem den Arbeiterinnen schuldig. Einen sehr schönen Erfolg haben die Arbeiter durch die vor kurzem zum Abschluß gebrachte Bewegung in den Streichgarnwebereien in Reichenbach i. B. erzielt. Die Bewegung erstreckte sich auf 42 Betriebe mit 2650 Beschäftigten, von denen 1250 Frauen sind. Sie brachte 617 Arbeitern eine Verkürzung der Arbeitszeit um 2 1/2 Stunden in der Woche und 1100 Arbeitern eine Lohnerhöhung von wöchentlich 2 Mk. Die Arbeitszeit ist nun in allen Streichgarnwebereien Reichenbachs die gleiche, und für alle Weber und Weberinnen gilt jetzt ein einheitlicher Lohnsatz. Der Erfolg ist nur der geschlossenen Kraft unserer Organisation zu danken. Versuche anderer Organisationen, die Massen für ihre Sonderzwecke einzufangen, sind kläglich gescheitert. Und das ist gut so. Während dieser Bericht in Druck geht, wird — wenn nicht alles trägt — ein größerer Kampf in der „Mechanischen Weberei Linden A.-G.“ in Hannover ausgebrochen sein. Die Firma hatte im vorigen Jahre auf Drängen der Arbeiter eine Teuerungszulage von 1,20 Mk. in der Woche gewährt. Die Arbeiter verlangen jetzt die Umrechnung der Teuerungszulage auf den Grundlohn und eine Lohnerhöhung von 10 Prozent, ferner für alle im Stundenlohn beschäftigten Arbeiter eine Erhöhung der Löhne um 5 Pf. in der Stunde. Kennenswerte Zugeständnisse hat die Firma, die hauptsächlich Samte herstellt, bis jetzt nicht gemacht, obgleich sie nach ihren eigenen Angaben bis Ende 1913 zu lohnenden Preisen voll beschäftigt ist. Die Mode, die seit mehreren Jahren den Samt lebhaft bevorzugt, bringt ihr beträchtliche Gewinne. Da ist es nicht mehr als billig, daß bei dem guten Geschäftsgang auch die werthaffenden Arbeiter sich eine bessere Entlohnung sichern. In Betracht kommen 800 Arbeiter und 736 Arbeiterinnen, die nahezu alle organisiert sind. Um die Bewegung zu zersplittern, haben die Christen ihre Forderungen getrennt eingereicht. Glücklicherweise bilden sie nur eine verschwindende Minderheit und können daher keinen Schaden anrichten. sk.

Der Deutsche Holzarbeiterverband hat im ersten Halbjahr 1912 um 8036 Mitglieder zugenommen, so daß deren Gesamtzahl am 1. Juli 190 786 betrug. Hier von waren 183 147 männliche, 6680 weibliche und 959 jugendliche Personen. Unter den Ausgaben des Verbandes steht, wie die „Holzarbeiterzeitung“ berichtet, die Arbeitslosenunterstützung mit 778 038 Mk. an erster Stelle, was mit den Zahlen der Arbeitslosenstatistik zusammen auf eine ungünstige Lage des Gewerbes schließen läßt. Die Krankenunterstützung erforderte 614 919 Mk., die Streikunterstützung aber nur 496 926 Mk., das ist etwa ein Drittel der in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres hierfür verbrauchten Summe. Insgesamt wurden im ersten Halbjahr für Unterstützungen rund 2 Millionen Mark verausgabt. Trotzdem konnten dem Vermögen des Verbandes rund dreiviertel Millionen Mark zugeführt werden. Dieses betrug am 1. Juli 1912 in Haupt-, Gau- und Lokalkassen zusammen 5 825 271 Mk. Ein vorläufiger Abschluß der Streikstatistik des Verbandes ergab 494 Lohnbewegungen mit 23 222 Beteiligten. Das Ergebnis der

Kämpfe bestand in einer Arbeitszeitverkürzung um durchschnittlich 1,8 Wochenstunden für 15 627 Personen und Lohnerhöhung um wöchentlich 2,12 Mk. für 18 979 Personen. Diese Zahlen sind aber nur vorläufige und werden sich für das Jahr selbst noch bedeutend erhöhen.

Die Stuhlrohrarbeiter, über deren Lohnbewegung wir in letzter Nummer berichteten, sind inzwischen in Bremen in den Ausstand getreten, weil die Unternehmer nur ganz ungenügende Zugeständnisse machen wollten. In den beteiligten 2 Betrieben haben neben 79 männlichen Personen sämtliche 66 Arbeiterinnen sich dem Kampfe angeschlossen. fk.

### Genossenschaftliche Rundschau.

Über Kleinhandel und Konsumvereine mit besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse Württembergs hat Herr Dr. Kramer ein Buch verfaßt, in dem er die Lage des Kleinhandels untersucht und sein Verhältnis zu den Konsumvereinen erörtert. Derartige Werke sind schon viel geschrieben worden, und soweit die Verfasser die Frage sachlich behandeln, kommen sie immer zu den gleichen Ergebnissen: das Schimpfen der Mittelständler auf die Konsumvereine ist grund- und zwecklos, weil diese aus der wirtschaftlichen Entwicklung hervorgehen und dringenden Bedürfnissen der großen Volksmasse der Minderbemittelten dienen. Zu den Ergebnissen kommt auch das vorliegende Buch. Über das Wesen und die Bedeutung der Konsumvereine schreibt der Verfasser: „Kleinhandel und Konsumvereine sind gewiß gegensätzliche Formen der Warenvermittlung; der Kleinhandel ist auf dem individualistischen Prinzip aufgebaut, die Konsumvereine erheben sich auf sozialistischer Basis (?). Das darf aber den Blick dafür nicht trüben, daß sich beide bis zu einem gewissen Grade zusammenfinden können. Wir haben schon auf den Nutzen hingewiesen, den der Kleinhandel aus der Steigerung der Kaufkraft der Konsumvereinsmitglieder erzielt, ebenso auf die Lieferantenverträge, die noch in viel größerem Maßstab ausgebaut werden können. Ein gemeinsames Interesse haben beide ferner an der Bekämpfung der Konkurrenz der untauglichen Elemente im Kleinhandel, worauf wir ebenfalls bereits hingewiesen haben, und ähnlich ist es mit einem gemeinsamen Vorgehen gegen die Übermacht der Kartelle und Syndikate, unter denen beide zu leiden haben. Innerhalb dieser Interessengemeinschaft von Konsumvereinen und Kleinhandel gibt es selbstverständlich Reibungen und Schiebungen hin und her. Aber auf der Seite des Kleinhandels soll man sich klar sein darüber, daß eine künstliche gesetzliche Beschränkung der Konsumvereine den Kleinhandel nicht rettet, daß vielmehr der Hebel zur Verbesserung der Lage des Kleinhandels anderswo angefaßt werden muß, nämlich an der Sanierung des eigenen Standes, und daß hier nicht der Staat der allmächtige Helfer ist, sondern daß Selbsthilfe auch hier der erste und beste Weg ist — dann können vielleicht einmal beide Formen der Warenvermittlung manche Wegstrede miteinander zusammengehen, statt sich fortgesetzt zu befeinden. In dem Verhältnis von Kleinhandel und Konsumvereine kennen wir bisher nur den Kampf des einen gegen den anderen, nur These und Antithese. Wir hoffen, darüber hinaus auch einmal die Synthese zu erleben: die Verständigung beider zur Erreichung gemeinsamer wirtschaftlicher Ziele.“

Diese Ausführungen verraten ja ein gut Teil Optimismus zugunsten des Kleinhandels, immerhin liegt manches Berechtigte in ihnen. Für uns liegt das Wesentliche in der Feststellung, daß hier ein Freund der Kleinändler sich durchaus gegen die mittelstandsretterische Bekämpfung der Konsumvereine ausspricht.

Vor einigen Wochen wurde in München der Allgemeine Genossenschaftstag (Schulze-Delitzschsche Genossenschaften) abgehalten, und bei dieser Gelegenheit ritt Herr Dr. Crüger, der bekannte, wieder eine Altade gegen die „sozialdemokratischen“ Konsumvereine. Er hat herausgefunden, daß diese Konsumvereine „in eine neue Entwicklungsperiode“ getreten seien. Der Zentralverband der deutschen Konsumvereine sei schon beinahe der sozialdemokratischen Partei verfallen und dergleichen Unsinn mehr. Neues hat der Herr ja nicht gesagt, denn in dieser Weise ist die moderne selbständige Konsumvereinsorganisation von jener Seite beurteilt und bekämpft worden, seit sie besteht. Crüger will mit solchen Methoden offenbar den Konsumvereinen, die noch in seinem Lager sich befinden, vor der modernen Richtung graulich machen. Ein anderer Herr sprach über Kapitalismus und Genossenschaften. In einer Resolution ist ausgesprochen, daß der wachsende Einfluß des Kapitalismus die Kluft zwischen den Klassen der menschlichen Gesellschaft immer mehr erweitert und die sozialen Gegensätze verschärft. Eine solche Erkenntnis in jenen Kreisen ist

nicht uninteressant, sie klingt fast sozialdemokratisch. Wenn aber daraus gefolgert wird, daß dieser Zustand ernsthaft bekämpft werden müsse und daß ihm entgegengearbeitet werden könnte mit — Schulze-Delitzschschen Genossenschaften und Dr. Crügerschen Rezepten, so zeigt das die ganze Hilflosigkeit jener Leute. Auf der einen Seite sagen sie, die Genossenschaften dürfen sich nicht in den Klassenkampf mischen, auf der anderen Seite werden diese aber als Mittel gegen ihn empfohlen.

Der Konsumverein Leipzig-Plagwitz, dem Umsatz nach der größte in Deutschland, hat auch im verflossenen Geschäftsjahr wieder gute Fortschritte gemacht. Sein Umsatz betrug beinahe 24 Millionen Mark, damit ist der bürgerliche Breslauer Verein, der weit mehr Mitglieder zählt, um über eine Million überholt. Die Produktionsbetriebe und sonstigen Einrichtungen des Vereins haben wir früher schon einmal näher besprochen. In der diesjährigen Generalversammlung lag aus Mitgliederkreisen ein Antrag vor, einen Mitgliederauschuß zu schaffen, wie er in einigen norddeutschen Vereinen bereits besteht und in Dresden jetzt eingeführt werden soll. In Leipzig wurde der Antrag abgelehnt, auch der Sekretär des Lagerhalterverbandes sprach sich dagegen aus. Wir können dies nur bedauern, da ein solcher Mitgliederauschuß in einem großen Verein der Genossenschaft und der Verwaltung gute Dienste leisten kann. Durch ihn wird auch die Verbindung zwischen Mitgliedern und Verwaltung in derartigen Riesengenossenschaften einigermaßen aufrecht erhalten. Es kommt allerdings darauf an, wie ein solcher Auschuß ausgestaltet wird, grundsätzlich ist aber jedenfalls nichts gegen ihn einzuwenden. Vielleicht sprechen wir später einmal ausführlicher darüber. H. F.

### Notizenteil.

#### Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrswesens.

Die Zentralstelle für Lehrstellenvermittlung des Verbandes Märkischer Arbeitnachweise, die am 16. Februar 1912 gegründet worden ist, hat mit dem 1. August d. J. ihre Tätigkeit begonnen. Für die Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung von Mädchen ist eine eigene Abteilung unter weiblicher Leitung geschaffen worden. Die Tätigkeit der Zentralstelle soll sich sowohl auf die Schülerinnen der städtischen Gemeindeschulen und Fortbildungsschulen in Groß-Berlin erstrecken, wie auf die Schülerinnen von Fachschulen (kaufmännischen und hauswirtschaftlichen usw.), die nach der Schulentlassung zunächst den Besuch einer derartigen Anstalt einer praktischen Lehre vorgezogen haben. Selbstverständlich finden auch junge Mädchen Berücksichtigung, die sich erst später zum Ergreifen eines Berufes entschließen.

Eltern, Vormündern oder sonst interessierten Persönlichkeiten wird unparteiischer, sachverständiger Rat bei der Berufswahl ihrer Kinder, Mündel oder Schützlinge erteilt und genaue Auskunft über die Ausbildungsbedingungen und Erwerbsaussichten in den verschiedenen Berufen gegeben. Die Geschäftsstunden sind an den Wochentagen in den Monaten Februar, März, April, August, September und Oktober von 8 bis 12 und 4 bis 7 Uhr, Sonntags von 10 bis 1 Uhr, in den übrigen Monaten von 8 bis 3 Uhr. Durch ein Abkommen mit dem Kaufmännischen Verband für weibliche Angestellte, dem Verband für handwerksmäßige und fachgewerbliche Ausbildung der Frau und den gemeinnützigen Arbeitsnachweisen in Groß-Berlin ist es der Zentralstelle möglich, Lehr- und Anfangsstellen im Haushalt, in Industrie und Handwerk und in kaufmännischen Betrieben vollständig unentgeltlich zu vermitteln.

Wir verkennen und unterschätzen nicht das Gute, was die „Zentralstelle“ zu leisten vermag. Allein in der großen Sandwüste des Massenlebens, die die kapitalistische Ordnung schafft, kann ihr Wirken nicht mehr bedeuten als eine bescheidene Oase, wo wenige den brennenden Durst stillen. Um nur eines herauszugreifen: Trotz ihrer Fühlung mit dem Verband für handwerksmäßige und fachgewerbliche Ausbildung der Frau wird es der „Zentralstelle“ nicht möglich sein, der Ausbeutung vieler Behtaufender gewerblicher Arbeiterinnen auch nur in Berlin und der Mark allein zu wehren und ihnen die Bewegungsfreiheit für Entwicklung ihrer Fähigkeiten zu sichern. Nicht einmal dem groben Unfug der schändlichen Ausnutzung von Lehrmädchen kann sie in großem Umfang steuern. Ebensovienig vermag sie der harten Fron und den Entbehrungen der weiblichen Handelsangestellten ein Ziel zu setzen. Der Zusammenhang mit dem „Kaufmännischen Verband für weibliche Angestellte“ kann daran nichts ändern. So kann auch diese wohlgemeinte Gründung die proletarischen Frauen nicht veranlassen, den Schalmeienbläsern des sozialen Friedens zu lauschen, sie rüsten zum Kampfe.

## Fürsorge für Mutter und Kind.

**Stillprämien und Kindersterblichkeit.** In der württembergischen Oberamtsstadt Heilbronn und ihrer Umgebung hat die kapitalistische Produktion in dem letzten Jahrzehnt große Ausdehnung gewonnen. Fabriken nach Fabriken sind entlang dem Neckar aufgemauert worden, dessen Schiffbarkeit hier beginnt, und die qualmenden Schloten überragen die umliegenden Dörfer, die sich vor wenigen Jahren noch landschaftlicher Reize erfreuten. Mit der Vermehrung der Fabriken hat die Proletarisierung der kleinbäuerlichen Bevölkerung rasch zugenommen. Neben Zehntausenden von Männern sind es Tausende von Frauen und Mädchen, die die Woche über von den Landorten herein in die Stadt und die Vororte kommen, um in den Fabriken dem Kapital zu fronen. Die billigere Arbeit der Frauen haben die Heilbronner Industriellen früh schätzen gelernt. Der Ausdehnung der gewerblichen Frauenarbeit sind wie überall als düstere Schatten Frauenleiden und Kindersterblichkeit gefolgt. Je mehr Frauen als Erwerbstätige vom Kapital ausgenutzt wurden, je mehr wütete der Bürger Tod unter den Säuglingen. Es starben in dem Oberamtsbezirk Heilbronn von hundert Lebendgeborenen im Jahre 1906: 45; im Jahre 1907: 50 und im Jahre 1908: 44 vor Vollendung des ersten Lebensjahres. Staat und Gemeinden erwiesen wieder einmal ihren Klassencharakter: sie sahen der hohen Kindersterblichkeit tatenlos zu. Ohne Verständnis für das gute Recht der Reichtum schaffenden Frauen des werttätigen Volkes überließen sie es der privaten Wohltätigkeit, durch Almosen dem Übel etwas entgegenzuwirken. Fürstempfangs und Festessen sind offenbar würdigere Gelegenheiten, das Geld zu verausgaben, mit dem die Steuerzahler die öffentlichen Sädel füllen. Der Bezirkswohltätigkeitsverein des Oberamts Heilbronn machte einen bescheidenen Versuch, gegen die Säuglingssterblichkeit anzukämpfen, die so schwere Anklage gegen die bestehende kapitalistische Ordnung erhebt. Er führte im Jahre 1900 Stillprämien ein, die während sechs Wochen 50 Pf. täglich betragen. Im folgenden Jahre erhöhte er die Stillprämien auf 1 Mk. pro Tag. Die Unterstützungseinrichtung soll noch weiter ausgedehnt werden. Die Tatsachen erweisen, daß sie einem vorliegenden brennenden Bedürfnis entgegenkommt. Im allgemeinen scheuen die Arbeiter mit Recht davor zurück, sogenannte Wohltaten zu empfangen. Trotzdem wurde die Einrichtung des Bezirkswohltätigkeitsvereins schon im ersten Jahre ihres Bestehens von 211 Müttern in Anspruch genommen. Sie erhielten zusammen 2095 Mk. Stillprämien, die einzelne Wöchnerin also noch nicht einmal ganze 10 Mk. Und doch haben schon diese wenigen Bettelprämien die Mütter veranlaßt, ihre Kleinen selbst die ersten sechs Wochen und darüber hinaus zu nähren. Wie groß muß da nicht die Not in der Familie sein! Mehr als zwei Drittel der Säuglinge im Oberamt wurden im ersten Jahre des Bestehens der Einrichtung mit Muttermilch genährt. Daß die Säuglingssterblichkeit erheblich abgenommen hat, steht augenscheinlich im Zusammenhang mit der zunehmenden Ernährung an der Mutterbrust. Von den Säuglingen mit Brustnahrung starben 1909 von hundert nur drei in den ersten zwölf Lebensmonaten; von hundert künstlich ernährten Kindern wurden den Müttern 23 durch den Tod entzissen, noch ehe sie das erste Lebensjahr vollendet hatten. Diese Zahlen lassen den Nutzen von Stillprämien erkennen, die eine von den vielen notwendigen Maßnahmen zum Schutze von Mutter und Kind sind, zu denen sich die Organe der bürgerlichen Gesellschaft entschließen sollten und entschließen könnten, um einigermaßen gutzumachen, was ihre Wirtschaft am Volke verbricht. Denn noch eins ist klar: so segensreich auch eine Unterstützung wie die durch den Bezirkswohltätigkeitsverein Heilbronn von den einzelnen armen Müttern empfunden werden mag, sie bleibt doch nur der bekannte Tropfen auf einen heißen Stein. Reich, Staat und Gemeinde müssen mit ihren Mitteln zur Fürsorge von Mutter und Kind eingreifen, und das nicht aus Warmherzigkeit, sondern von Rechts wegen.

H. W.

## Frauenstimmrecht.

**I. K. 1346925 weibliche Wähler in den Vereinigten Staaten.** Das Zensusbureau der Vereinigten Staaten veröffentlicht soeben einen Bericht, der die Ergebnisse der kürzlich stattgefundenen Volkszählung zusammenfaßt. Aus ihm geht hervor, daß jetzt in den sechs Staaten unserer Union, die das Frauenwahlrecht einführen, nicht weniger als 1346925 Frauen stimmberechtigt sind. Bei der bevorstehenden Präsidentenwahl bilden also die Frauen zum erstenmal in der Geschichte dieses Landes einen wichtigen politischen Faktor. Auch ohne die vom Zensusbureau veröffentlichten Zahlen

wäre uns diese Tatsache lebhaft zum Bewußtsein gekommen, und zwar an der gänzlich veränderten Stellungnahme der bürgerlichen Parteien und ihrer Kandidaten.

Präsident Taft, den die republikanische Partei wieder für das Präsidentenamt kandidieren läßt, der dicke, phlegmatische Mann, ein typischer Vertreter der streng konservativen Richtung, hat bei den Urwahlen an die Wählerinnen von Kalifornien einen glühenden Appell gerichtet, ihn, Taft, zu unterstützen. Er konnte sich nicht gut als politischer Anwalt dieser Frauen aufspielen, da er immer ein Gegner des Frauenstimmrechts gewesen ist. Er berief sich daher ihnen gegenüber darauf, daß während seiner Präsidentschaft in Washington ein Bureau zur Pflege der Kinderwohlfahrt errichtet wurde, das Kinderamt, und daß er eine Frau zu dessen Vorsteherin ernannte. Nebenbei bemerkt, ist diese Wohlfahrtsinstitution in Wirklichkeit das Werk der Frauenklubs in den Vereinigten Staaten, und es hat Jahrzehnte der Agitation bedurft, ehe das Amt endlich geschaffen wurde.

Gouverneur Wilson, der Präsidentschaftskandidat der Demokraten, hat Mühe, den Frauen zu versichern, daß er allein der treueste Verfechter ihrer Interessen sei. Seine Haltung zur Förderung der Frauenrechte findet den treffendsten Ausdruck in der amerikanischen Redensart: „Er sitzt auf dem Jaun.“ Bei einem Wohltätigkeitsbasar, bei dem er zufällig zugegen war, veranlaßte ihn die anwesenden Frauenrechtlerinnen, einer ihrer Versammlungen beizuwohnen und auch einige Worte an sie zu richten. In dieser kurzen Ansprache berührte Wilson die Frage des Frauenstimmrechts nur oberflächlich und sehr vorsichtig wie einen Dienentorb. Kurz darauf aber schrieb eine ihm befreundete Frauenrechtlerin an eine Frauenzeitung, Gouverneur Wilson sei damit beschäftigt, die Frage eingehend zu studieren, und sie bezweifle nicht, daß er sich endgültig zugunsten des Frauenstimmrechts entscheiden werde.

Theodore Roosevelt endlich, Gründer der neuen Fortschrittspartei, der ewig neue Überraschungen bereitende Akrobat der amerikanischen Politik, hat jetzt den Schlachtruf „votes for women“ (den Frauen das Stimmrecht) auf seine Fahne geschrieben und führt als Verfechter der Frauenrechte auf den Kampfplatz. Während der sieben Jahre, in denen Roosevelt das Präsidentschaftsamt bekleidete, hat er die volle Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts durchaus abgelehnt. Berichterstattungen gegenüber und in Zeitungsartikeln hat er einige Male in verschiedenen Variationen das alte Lied gesungen: die Frau gehört ins Haus. In seinem Kreuzzug gegen den „Massenelbstmord“ hat er wohl hundertmal betont, daß Kinder zu gebären der einzige Beruf der Frauen sei. Niemals hat er den organisierten Frauenrechtlerinnen eine Konzession gemacht, nie das leiseste Versprechen verlauten lassen, ihre Forderungen zu unterstützen. Aber jetzt ist das alles anders geworden, denn weit über eine Million Frauen haben bei der Präsidentschaftswahl ein Wort mitzureden. Leider sind viele der führenden bürgerlichen Frauenrechtlerinnen töricht und kurzfristig genug, sich von Roosevelt als Mittel zum Zweck gebrauchen zu lassen. Den Roosevelt von gestern scheinen sie vergessen zu haben, dem Roosevelt von heute jubeln sie zu und beteiligen sich lebhaft an der Organisation und Leitung der Partei, die von ihm und für ihn begründet worden ist.

Die sozialistische Partei wirkt unterdessen unentwegt weiter für die politische Gleichstellung der Frau, wie sie es seit ihrer Gründung getan hat. In einem Rundschreiben an sämtliche Parteiorganisationen weist die Korrespondentin des nationalen Frauenkomitees unserer Partei ebenfalls auf die große Zahl der weiblichen Wähler hin und ermahnt die Genossen, die Bemühungen zur Aufklärung und Welehrung der Frauen zu verdoppeln. Die Mahnung wird nicht unbeachtet bleiben. Wissen wir doch, daß die Mehrzahl jener 1346925 Wählerinnen Töchter und Frauen des arbeitenden Volkes sind.

Meta L. Stern, New York.

Das persönliche Kommunalwahlrecht der Frauen in Tirol soll demnächst in den Stadt- und Landgemeinden eingeführt werden.

## Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

**Aus der sozialistischen Frauenbewegung in den Vereinigten Staaten.** Die bisherige Sekretärin des nationalen Frauenkomitees der sozialistischen Partei Genossin A. Lowe hat ihr Amt niedergelegt, um sich ganz der agitatorischen Tätigkeit zu widmen. An ihre Stelle trat Winnie Branstetter, eine Frau, die ebenfalls langjährige Erfahrungen im Dienste der Partei besitzt. Genossin Branstetter war Mitglied des ersten nationalen Frauenkomitees.

### Die Frau in öffentlichen Aemtern.

Drei Schulschwestern zur Unterstützung der Schulkärzte sind in den Breslauer Volksschulen angestellt worden. Jeder von ihnen sind bestimmte Bezirke zugewiesen, in denen sie als Hilfsorgane der schulärztlichen Fürsorge tätig sind.

Einen weiblichen Richter hat das Polizeigericht Brooklyn seiner Abteilung für Ehestreitigkeiten zugeordnet. Die Richterin hat zusammen mit ihrem männlichen Amtsgenossen alle Streitigkeiten zu entscheiden, und sie ist ausdrücklich angewiesen, die Fragen ausschließlich vom weiblichen Standpunkt aus zu beurteilen.

### Verschiedenes.

**Einige Zitate.** Wo alles liebt, kann Karl allein nicht hassen. So dachte die „Parole, Deutsche Kriegerzeitung, Amtliche Zeitung des Deutschen Kriegerbundes“, und bemühte sich, ihr Spänlein beizutragen zu dem Scheiterhaufen, auf dem die Sozialdemokratie verbrannt werden soll. Bekanntlich hat Vater Staat, der preußische, seit einiger Zeit seine „Fürsorge“ der Arbeiterjugend zugewandt. Mit einigen Millionen hat er eine staatserkhaltende Jugendbewegung ins Leben gerufen zu dem ausdrücklichen Zweck, der sozialdemokratischen Jugendbewegung das Wasser abzugraben. Da beileben sich nun die waderen Krieger, auch noch hinterherzukommen und durch Gebelster gegen die sozialdemokratische Jugendpflege ihre Treue und Ergebenheit den staatserkhaltenden Kreisen zu beweisen. Man sollte meinen, das Los der hungernden Veteranen ginge sie näher an. Aber nein, jetzt ist ja Jugendpflege in Mode, und da gehört es sich natürlich, daß die „Parole“ in Jugendpflege macht. Was sollte man sonst „oben“ von ihr denken! So tischte sie denn in ihrer Nummer vom 31. Juli etliche Schimpfereien gegen die Sozialdemokratie auf, die wenig beachtlich sind. Doch läßt sie die Gelegenheit nicht vorübergehen, ohne der Welt zu verkünden, wie nach ihrer Meinung die Jugend erzogen werden muß. Und das sieht so aus: „Zucht in der Jugend ist die Vorbedingung für späteres gedeihliches Leben und Schaffen. Zur Zucht gehört aber vor allem Gehorsam, die Fähigkeit des Unterordnens und Einordnens in die gegebenen Wirklichkeiten in der Familie, Gemeinde, Gesellschaft und im Staat. Der jugendliche Wille muß von früh auf gewöhnt werden, daß er sich überall zu fügen hat, daß er zu allererst gehorchen lernen muß, den Eltern, den Erwachsenen, den Lehrern, der von Gott und der Geschichte verordneten Obrigkeit und Ordnung. Im Kinde, wenn es dereinst ein brauchbares, tüchtiges Glied in der großen vaterländischen Gesamtheit werden soll, muß das heilige Wort gleichsam Fleisch und Blut werden: Nicht mein Wille, sondern dein Wille geschehe! Für jede größere wie kleinere Gemeinschaft gilt das, sonst gibt es keinen Halt, kein Zusammenwirken. Der Einzelwille muß dem Gesamtwillen, dessen Glied er ist, dienen und folgen. So gebietet es allerwegen die natürliche Ordnung; so muß es sein und bleiben.“ Gehorchen, unterordnen, sich fügen — das ist es, was der „freie“ deutsche Krieger dem heranwachsenden Geschlecht beibringen will.

Was wir dazu meinen, haben wir oft genug gesagt und wollen es nicht wiederholen. Wir wollen vielmehr heute nur einige Zitate zu dieser Frage beibringen. Der Zufall will es nämlich, daß auch in einer ernst zu nehmenden konservativen Zeitschrift, in den „Preussischen Jahrbüchern“, im Juli dieses Jahres ein Artikel über die Jugendpflege erschienen ist, und der kann natürlich ebenfalls an der Frage der Erziehung nicht vorübergehen. Da klingt es aber ganz anders:

„Die Schuld dafür, daß in unserem öffentlichen Leben mehr und mehr ein Mangel an Überzeugungstreue und Charakterfestigkeit zutage tritt, wird mit gutem Recht zum großen Teil dem Geist an unseren öffentlichen Schulen zugesprochen. Die Erziehung zur Selbständigkeit, zu freien, willensstarken Persönlichkeiten wird zwar jeder deutsche Lehrer als ein richtiges Ideal anerkennen; in der Praxis aber begnügen sich sehr viele, wenn nicht die meisten, immer noch damit, bei ihren Schülern eine gute Zucht und tadellosen Gehorsam zu erziehen... Der englische Knabe lernt nicht nur gehorchen, sondern auch befehlen. Die Folge davon, daß das bei uns nicht geschieht, ist, daß der Deutsche, wenn er ins Leben hinaustritt, nicht von selbst die Empfindung dafür besitzt, wann er gehorchen und wann er befehlen soll.“

Diese Empfindung ist allerdings für den Krieger nach dem Herzen der „Parole“ auch ganz überflüssig, denn der will ja immer nur gehorchen, sein ganzes Leben lang. — Aber weiter im Text

der „Preussischen Jahrbücher“: „Außerdem betrachtet sich der englische Lehrer seinem Schüler gegenüber nicht als Vorgesetzter (entsetzlich zu hören für ein treudeutsches Kriegerherz!), sondern als primus inter Pares (Erster unter Gleichen); und dem Schüler wird das Recht zugebilligt, eine unwürdige Behandlung, Miß- und Übergriffe zurückzuweisen.“

Nachbarin, euer Fläschchen! Wo bleibt da die „Zucht“, die in Deutschland bekanntlich den jungen Menschen so weit „erzieht“, daß er in der Kaserne auf Befehl des Vorgesetzten schmutziges Waschwasser trinkt. Ja, bei uns wird eben auf Kriegervereinsmethode erzogen, und die ist natürlich viel besser als die englische. Oder nicht? In dem konservativen Artikel heißt es weiter: „Dürfen wir uns wundern, daß unsere Knaben und Jünglinge, die als mehr oder weniger willenlose Individuen behandelt werden und sich fremder Autorität blindlings fügen müssen, sich auch als Männer durch alles, was mit Selbstbewußtsein auftritt, imponieren lassen und nicht den Mut finden, ihrer Überzeugung Ausdruck zu geben und sie unter allen Umständen zu vertreten?“

Arme Parole! Und gerade das hat sie den Sozialdemokraten zum schlimmsten Vorwurf gemacht, daß sie die Jugend auf eigene Füße stellen, zu eigenem Willen erziehen will! Aber freilich, wir dürfen nicht vergessen, daß die waderen Krieger, die das geschrieben haben, selbst eine Frucht jener „Erziehung zur Unterordnung“ sind, die sie jetzt mit so vollen Waden preisen. Sie haben es nicht anders gelernt, gehen wir also nicht zu streng mit ihnen ins Gericht.

Der Artikel in der konservativen Zeitschrift enthält auch sonst noch treffende Worte über unser Erziehungswesen, zumal an den höheren Schulen, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Zum Beispiel diese: „Solange unsere höheren Schulen das bleiben, was sie heute sind, nämlich Examenhschulen, Versuchungsanstalten zur Gewinnung staatlicher Berechtigungen, so lange kann es nicht besser werden. Nur der Geist macht lebendig, der auf der Liebe zur Sache, auf der Freude an den Dingen beruht. Der aber kann nicht gedeihen, wo statt der inneren Werte, die in der Arbeit und der Vertiefung in die Gegenstände liegen, der äußere Erfolg, der mit der Sache gar nichts zu tun hat, das Ziel ist, auf das Lehrer und Schüler hinarbeiten müssen... Solange solche Vorwürfe im Durchschnitt berechtigt sind, und das kann man nicht leugnen, so lange sind die Schulen nicht der Hort des Idealismus, sondern die Pflegestätten des Materialismus, der in der Sucht nach äußeren Vorteilen und Erfolgen wurzelt, die es nicht kümmert, ob der innere Mensch, die wahrhaftige Persönlichkeit dabei Schaden leidet. Sie hilft selbst das Scheinwesen erzeugen, die Phrase, die äußere Maske, die von den Besten der Zeit als der Krebschaden betrachtet wird, an dem wir Franken.“

Wenn die höhere Schule, die Schule der Besitzenden, sich aus den eigenen Reihen solche Dinge muß sagen lassen, hätte da nicht der Staat, dieser Regierungsausschuß der Besitzenden, alle Veranlassung, sich erst einmal um diese inneren häuslichen Angelegenheiten seiner Auftraggeber zu kümmern, ehe er es unternimmt, die Arbeiterjugend vor der Sozialdemokratie zu retten? j. b.

Wir empfehlen in einfacher, guter Ausstattung

## Einbanddecken zur Gleichheit

Jahrgang 1911/1912

a. Die Decke für das Hauptblatt und die Beilage „Für unsere Mütter und Hausfrauen“. b. Die Decke für die Kinderbeilage.

Preis zusammen 1 Mark.

Bei direkter Zusendung 30 Pf. mehr für Porto. Titelblatt und Inhaltsverzeichnis werden den Decken unentgeltlich beigegeben.

Bestellungen nehmen die Austrägerinnen der Gleichheit entgegen.

Vorrätig sind noch die Einbanddecken zu den Jahrgängen 1908/1909, 1909/1910, 1910/1911. Preis je 1 Mark.

Expedition der Gleichheit, Stuttgart, Furtbachstraße 12.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Betlin (Bundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von J. G. W. Diez Nachf. G.m.b.H. in Stuttgart.